



Die österreichische Versicherungswirtschaft im Vorfeld zu Solvency II

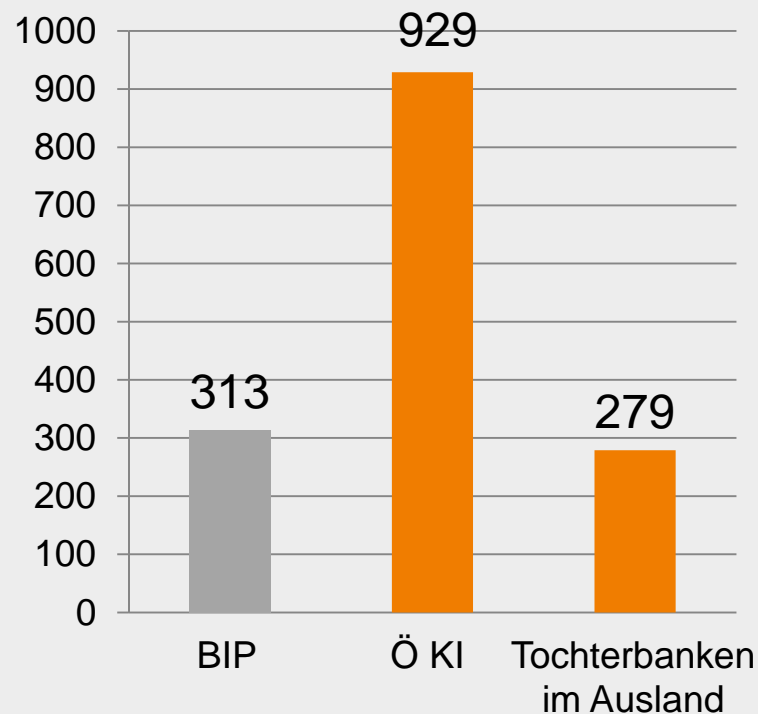
- Die FMA 2013/2014
- Versicherungsfacts 2013/2014
- Aktuelle Themen
 - VAG 2016

Wir beaufsichtigen 1.058 Unternehmen und €1.330 Mrd. Assets

- **790 Kreditinstitute** mit einer Bilanzsumme von € 929,2 Mrd.
- **10 Betriebliche Vorsorgekassen** mit einem verwalteten Vermögen von € 6,0 Mrd.
- **99 Versicherungsunternehmen** mit einem verwalteten Vermögen von € 105,5 Mrd.
- **16 Pensionskassen** mit einem verwalteten Vermögen von € 17,4 Mrd.
- **82 Wertpapierfirmen und 70 WPDLU** mit einem verwalteten Kundenvermögen von rund € 33,6 Mrd.
- **365 Emittenten mit 9.477 gelisteten Wertpapieren**, 31,2 Mio. Transaktionsmeldungen im Jahr 2013
- **2.153 inländische Fonds von 24 KAG** mit einem verwalteten Fondsvolumen von € 145,3 Mrd. und **5.699 ausländische Fonds**
- **5 Immobilien-KAG** mit einem verwalteten Fondsvolumen von € 4,12 Mrd.

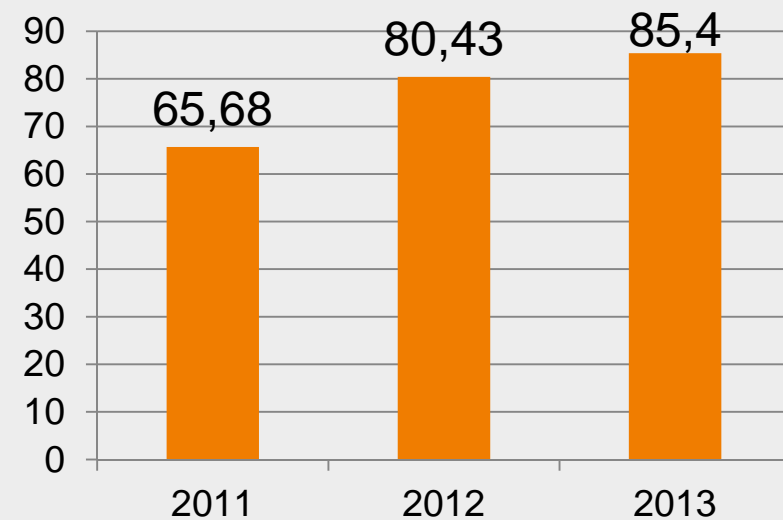
Österreichische Finanzindustrie:

- Jährliche Wertschöpfung: € 14,25 Mrd.
- Rund 130.000 Beschäftigte
- Bilanzsumme der Ö KI 2013 in Mrd. €

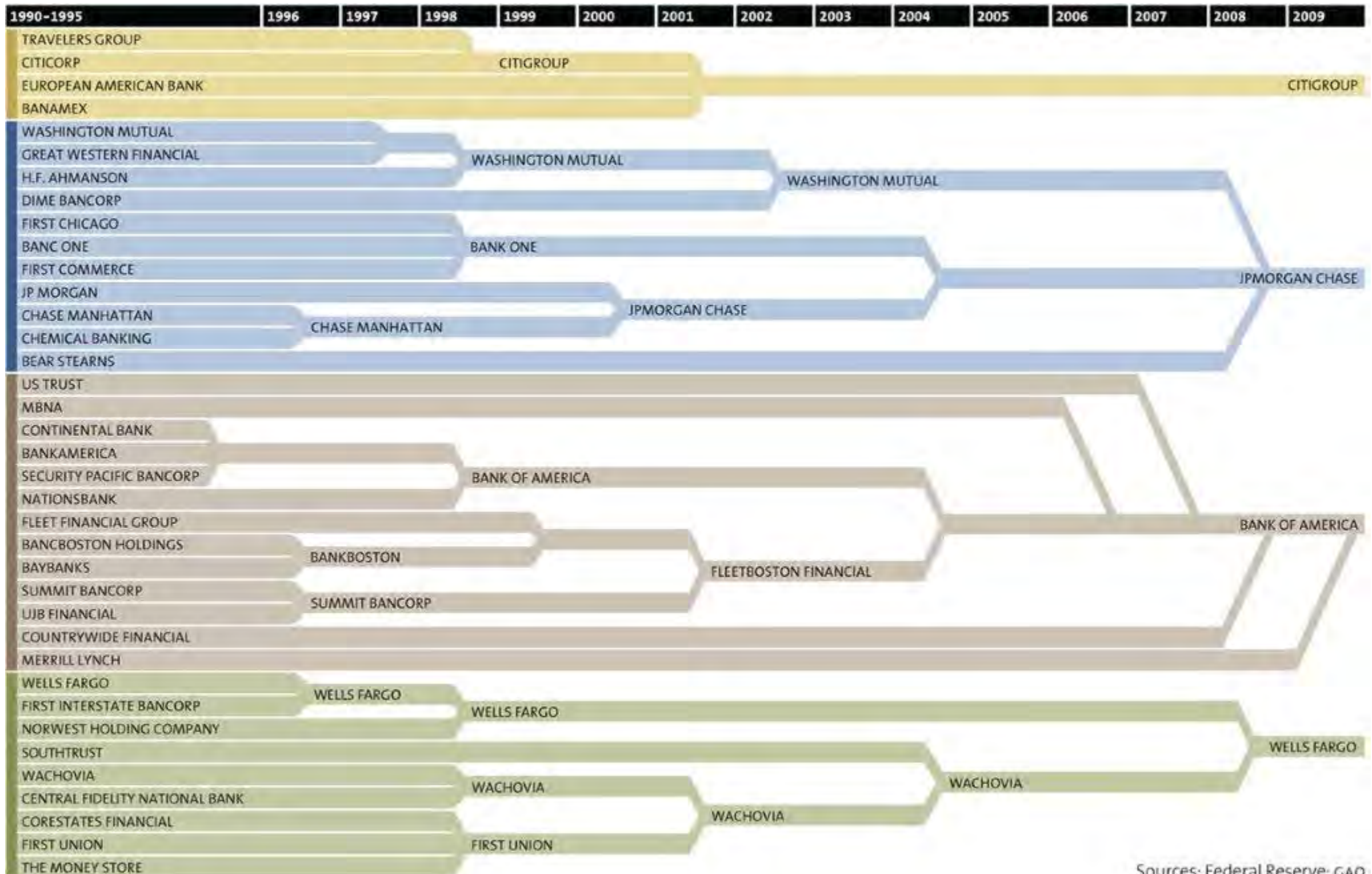


Österreichischer Kapitalmarkt:

- 31,2 Mio. Transaktionen pro Jahr
- 365 Emittenten mit 9.477 gelisteten Wertpapieren an der Wiener Börse
- Durchschnittlicher Monatsumsatz: € 3,3 Mrd.
- Marktkapitalisierung in Mrd. €



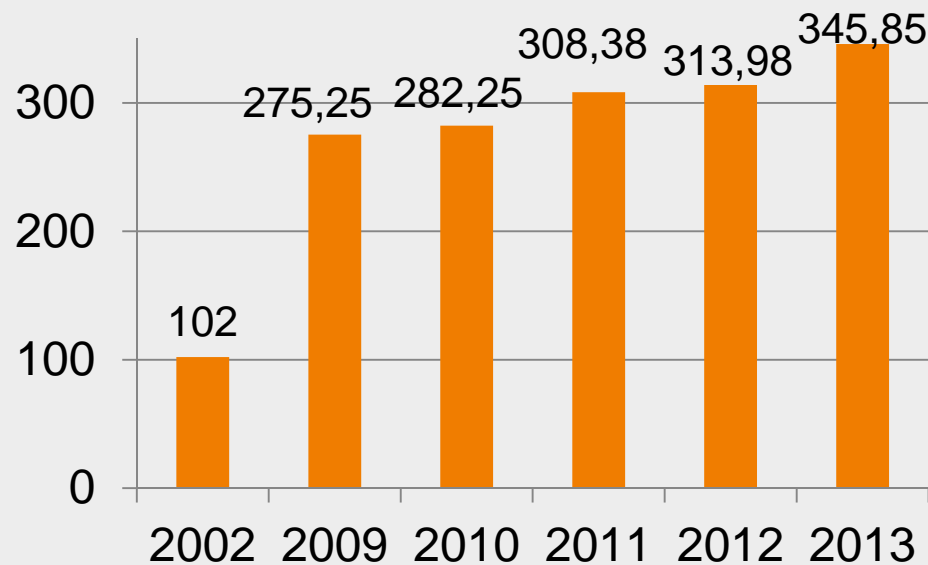
Versicherer	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamt (VU)	106	106	105	101	99
Aktiengesellschaften, Vers. Vereine a.G.	50	51	52	48	46
kleine VVaG	56	54	53	53	53
Lebensversicherung	31	31	31	30	29
Schaden- und Unfallvers.	45	45	45	41	41
<i>davon: reine Rückversicherer</i>	3	3	3	3	3
Krankenversicherung	8	9	9	8	9



Sources: Federal Reserve, GAO

■ Personal

2013: 345,85 VZÄ (313,98 VZÄ)

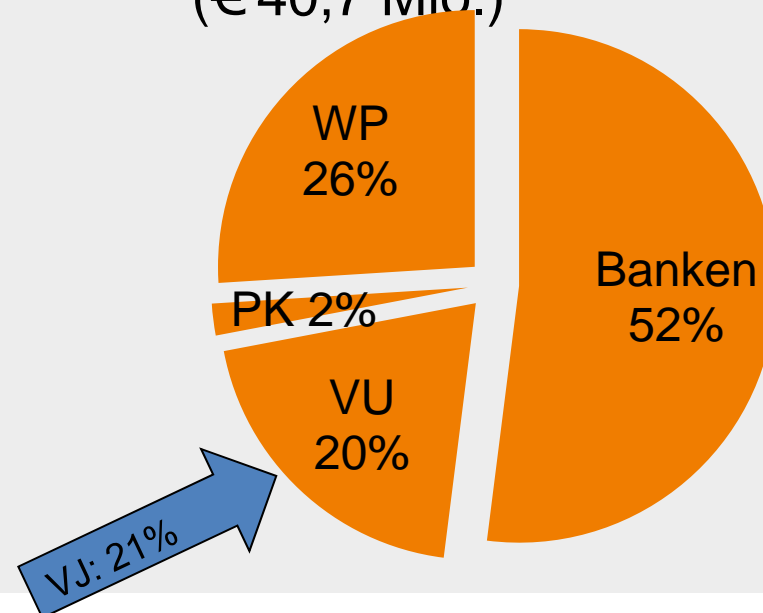


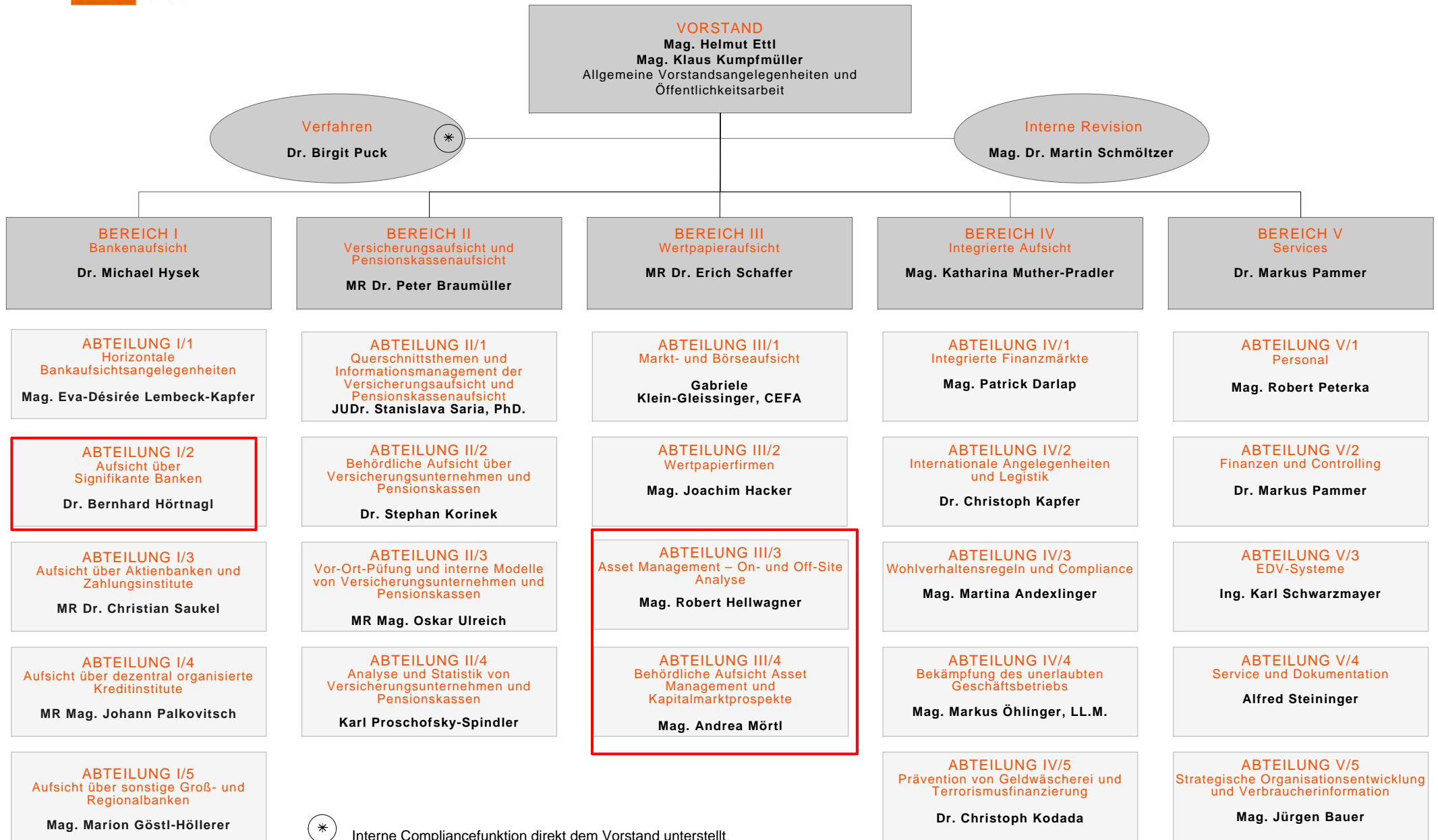
■ Budget

2013: € 56,4 Mio. (€ 47,9 Mio.)

■ Finanzierung

- Bund: € 3,5 Mio. pauschal
- Gebühren und sonst. Erträge: € 3,6 Mio. (€ 3,7 Mio.)
- Beaufsichtigte: € 49,3 Mio. (€ 40,7 Mio.)





* Interne Compliancefunktion direkt dem Vorstand unterstellt

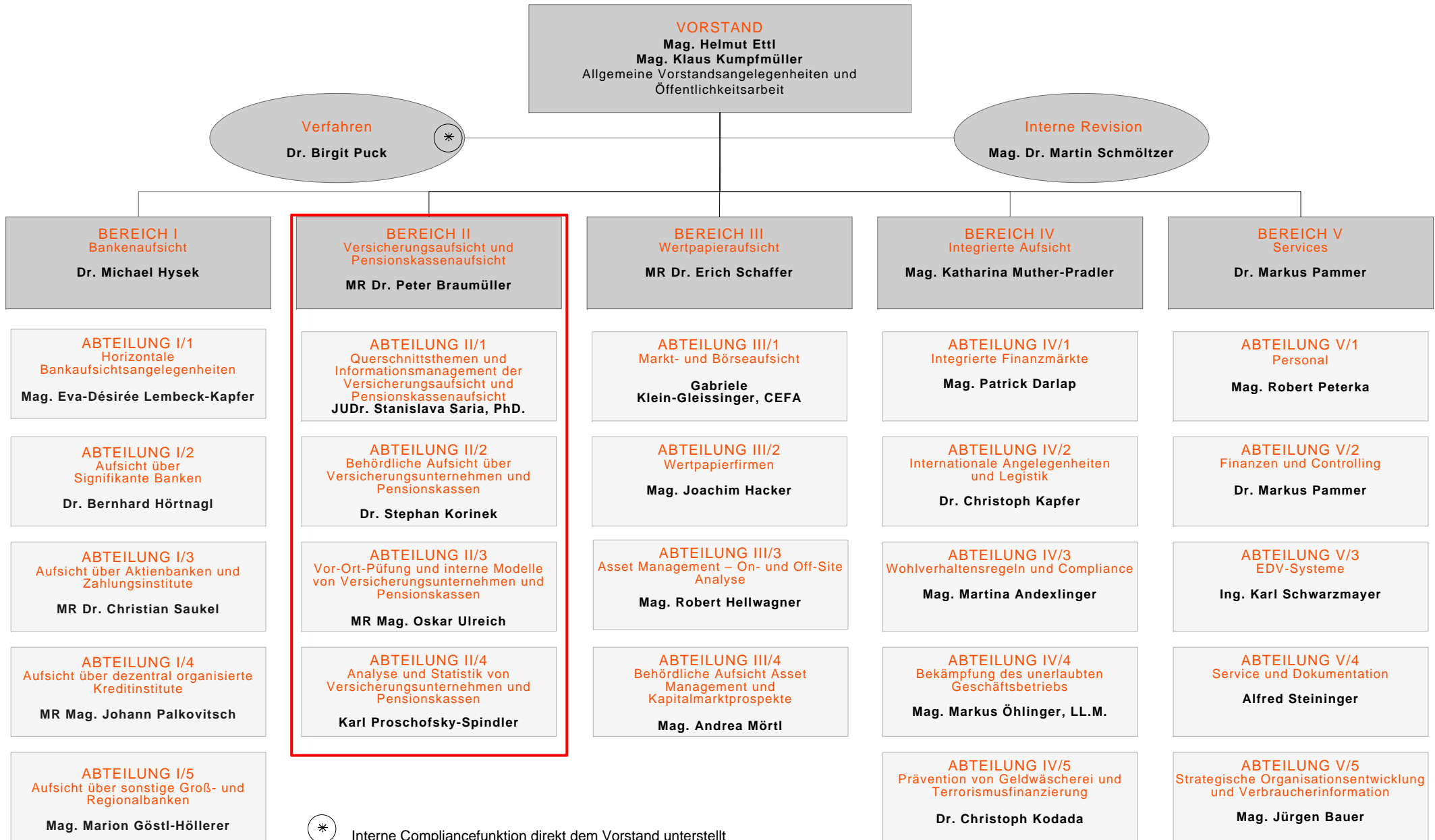
Bankenaufsicht ab November 2014

Bankenunion

- Grundsätzlich unterstehen alle Banken der Aufsicht der EZB
 - EZB ist verantwortlich für Funktionieren des SSM, bestehend aus EZB und NCAs
 - Nationale Behörden unterstützen EZB
 - Zusammenarbeits- und Informationspflichten, insbesondere aber zur EZB
 - EZB kann NCA Weisungen erteilen

- **„Significant banks“**: Tatsächlich werden rund 130 Banken unter die **direkte** Aufsicht der EZB fallen – sie repräsentieren 85% der Bilanzsumme der Banken der Eurozone
 - In **Österreich** betrifft das: BAWAG P.S.K; Erste Group Bank; Raiffeisenlandesbank Oberösterreich; Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien; Raiffeisen Zentralbank; Österreichische Volksbanken; (**neu: Sberbank, VTB Bank**) indirekt Bank Austria via UniCredit

- **„Less significant banks“**: Alle anderen Banken bleiben in der Aufsicht der NCA
 - Alle wesentlichen Entscheidungen sind der EZB vorzulegen
 - In **Österreich** betrifft das **ca. 730 Banken**



* Interne Compliancefunktion direkt dem Vorstand unterstellt
September 2014

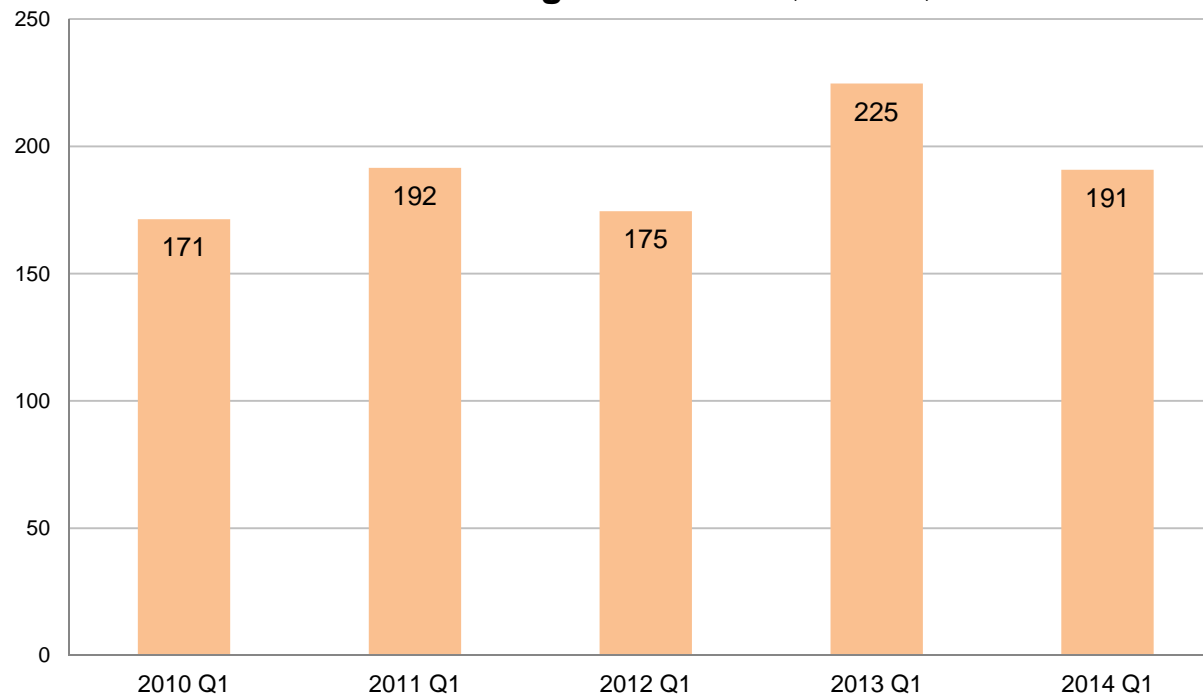


Die österreichischen Versicherungsunternehmen

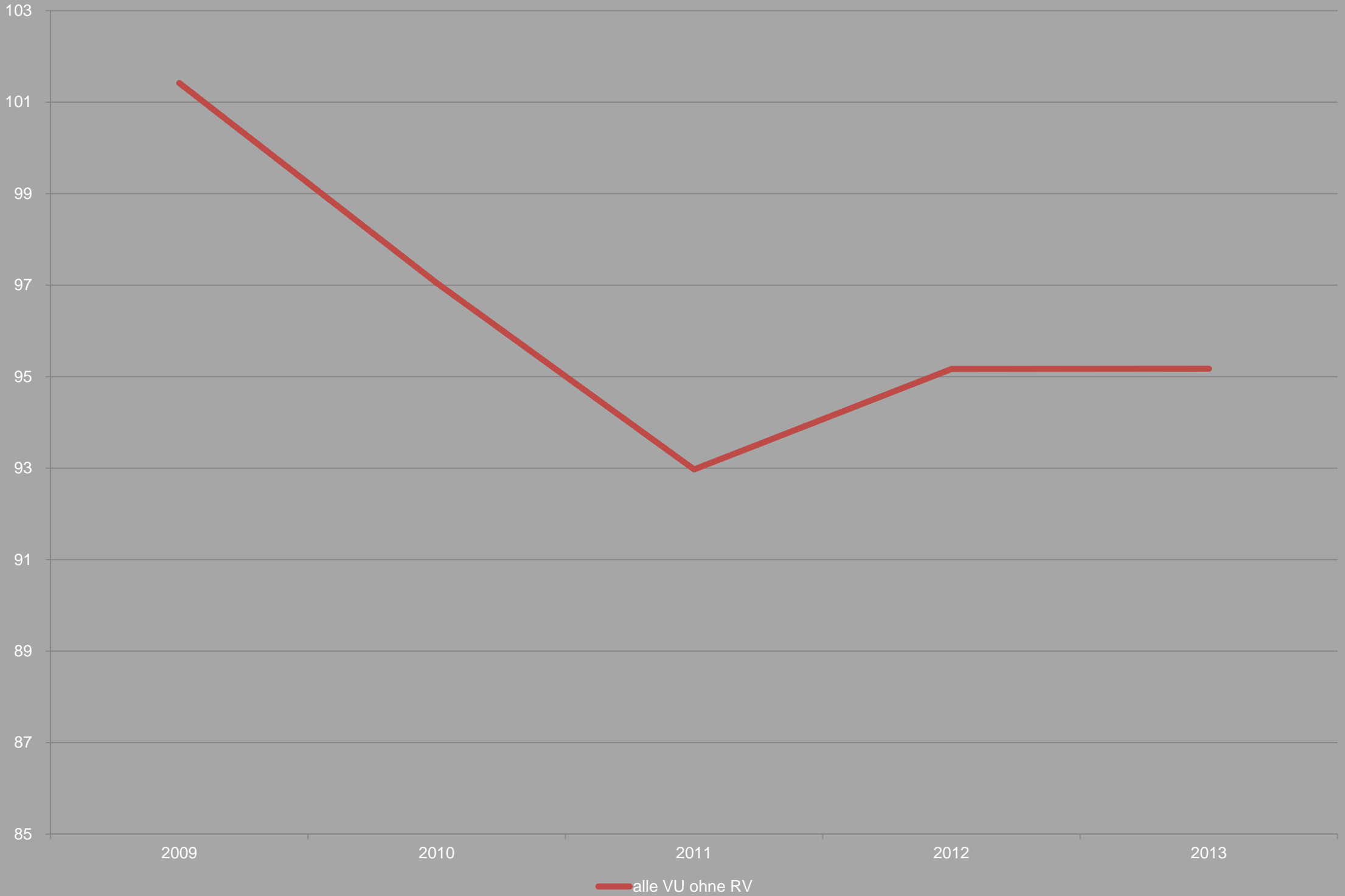
Versicherungstechnisches Ergebnis (Q1-2014)

versicherungstechnisches Ergebnis in EUR				
	Schaden/Unfall	Leben	Kranken	Gesamt
Q1 2013	61.841.731	134.476.863	28.376.845	224.695.439
Q1 2014	71.673.440	87.549.386	31.558.648	190.781.474

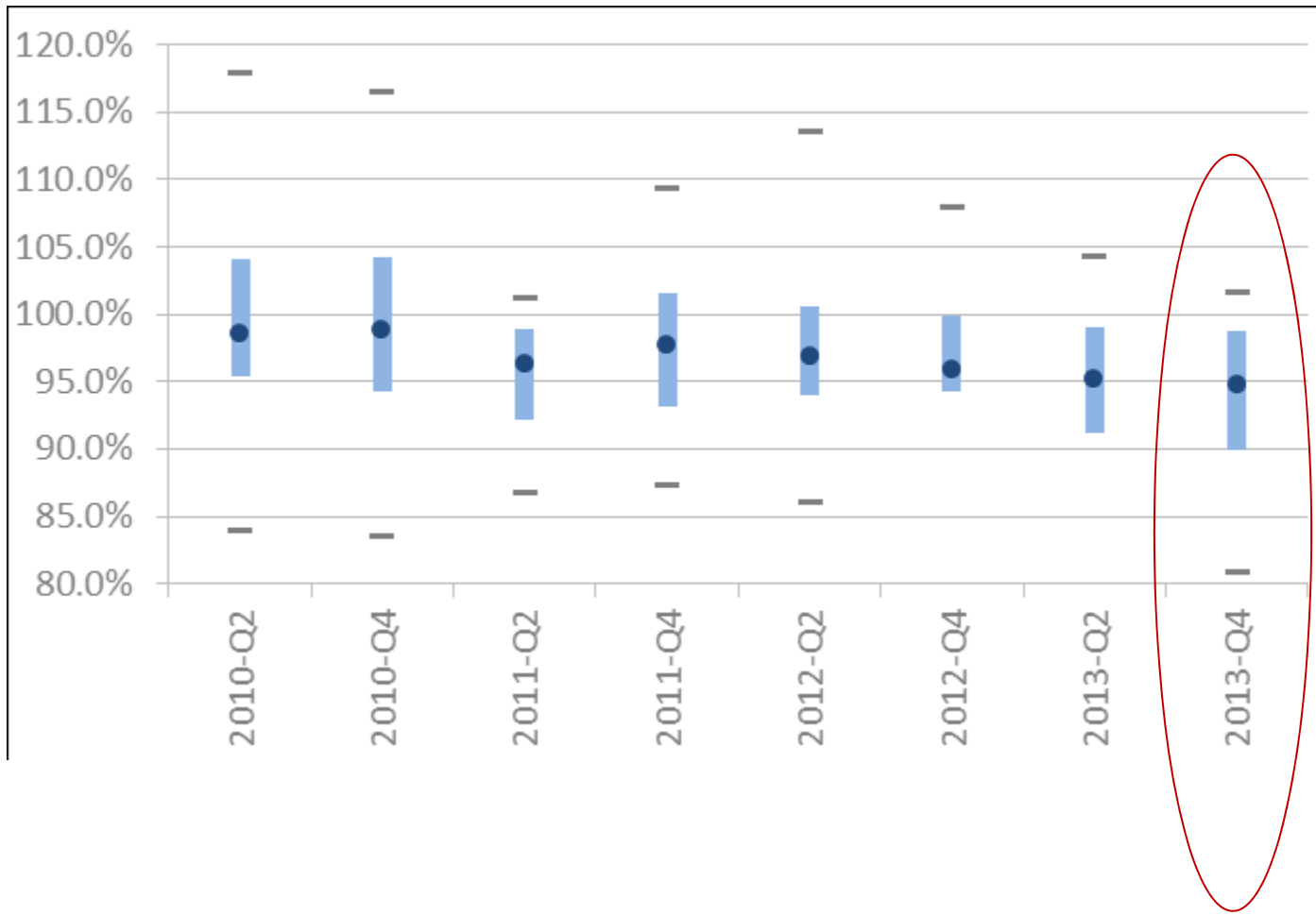
Versicherungstechnisches Ergebnis - alle Bilanzabteilungen Quartal 1 (in EUR Mio.)



Combined Ratio Schaden-/Unfallversicherung



Combined ratio Europa

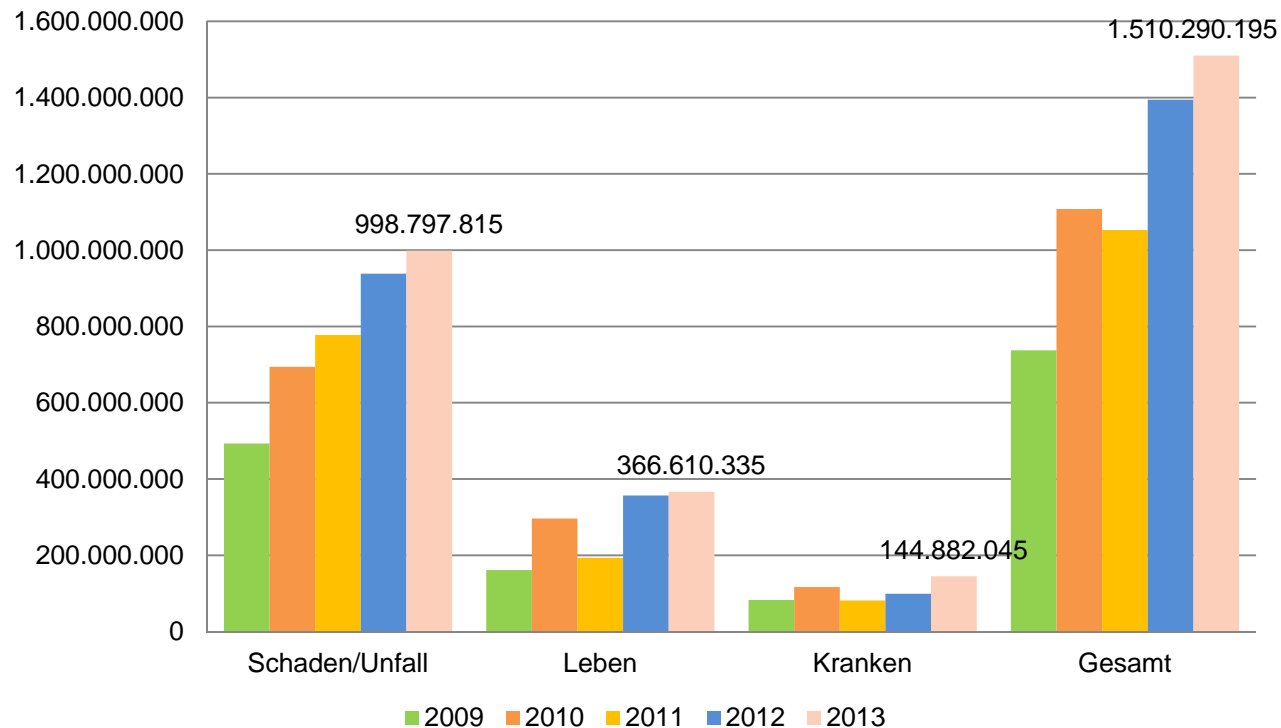


Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

EGT

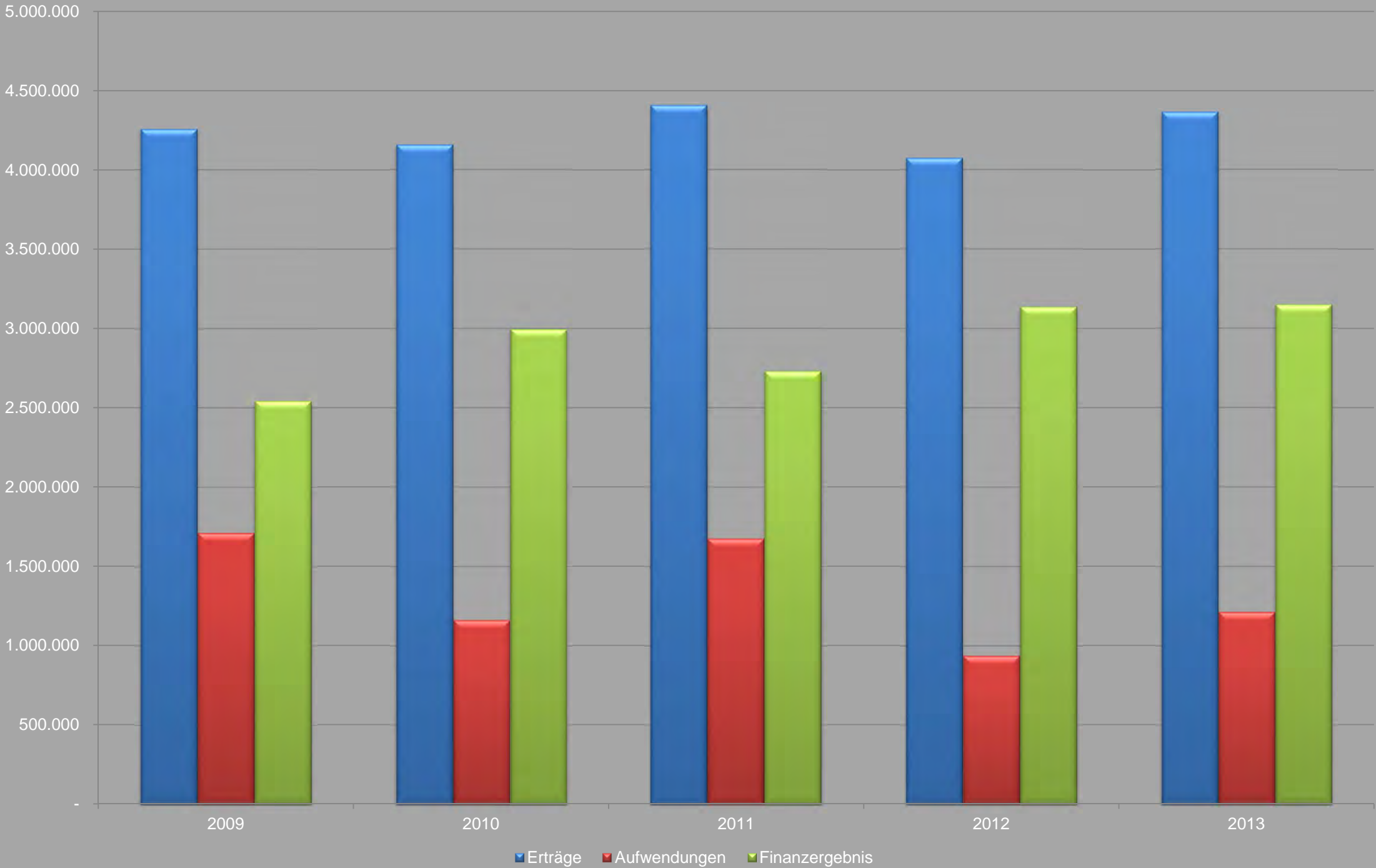
EGT in EUR				
	Schaden/Unfall	Leben	Kranken	Gesamt
2009	493.314.039	161.256.187	82.767.421	737.337.647
2010	694.232.512	296.486.198	116.959.406	1.107.678.116
2011	777.579.995	193.311.958	81.825.924	1.052.717.877
2012	938.223.848	356.820.470	99.340.500	1.394.384.818
2013	998.797.815	366.610.335	144.882.045	1.510.290.195

EGT in EUR



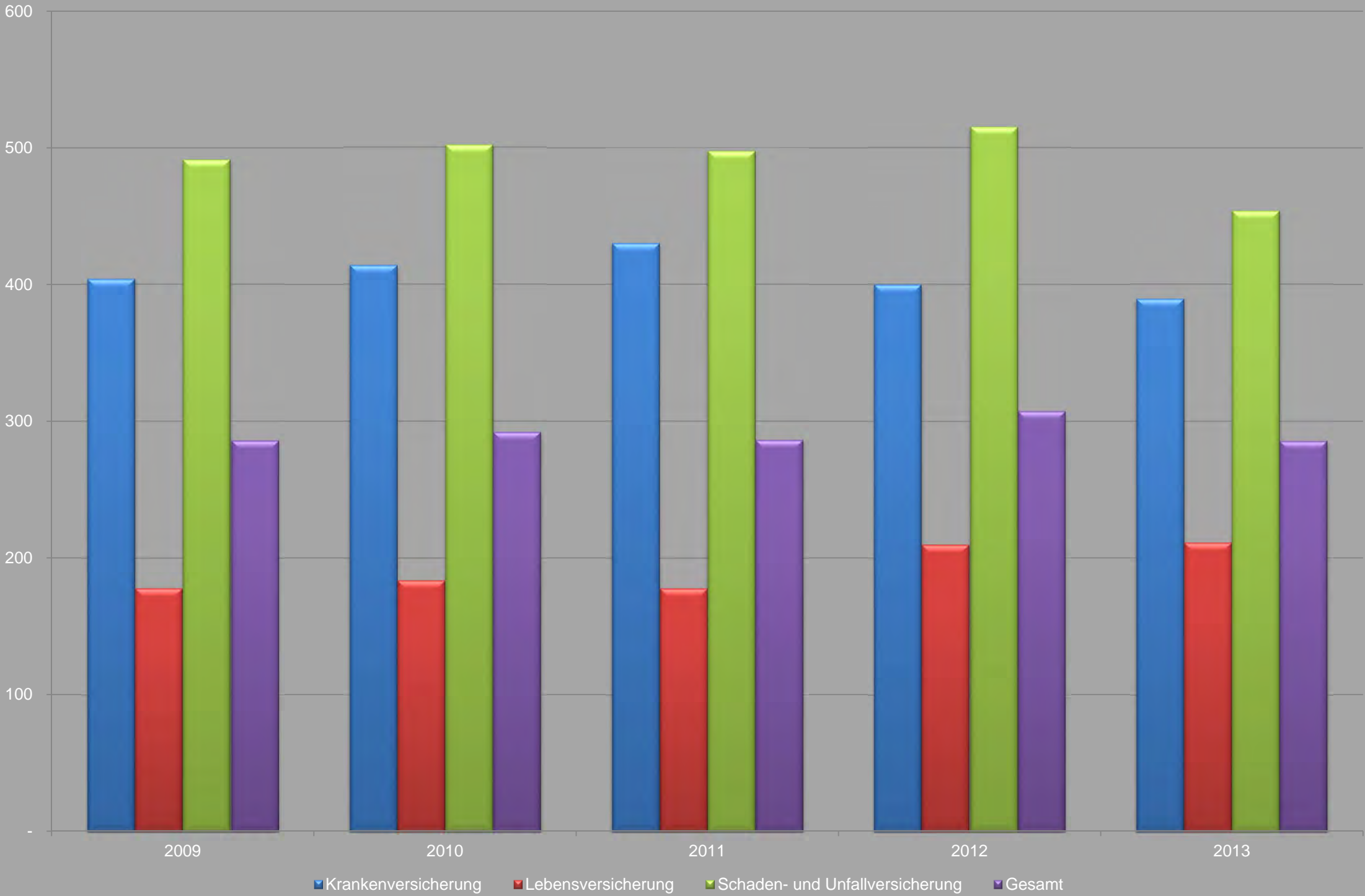
Finanzergebnis

(alle VU ohne RV)

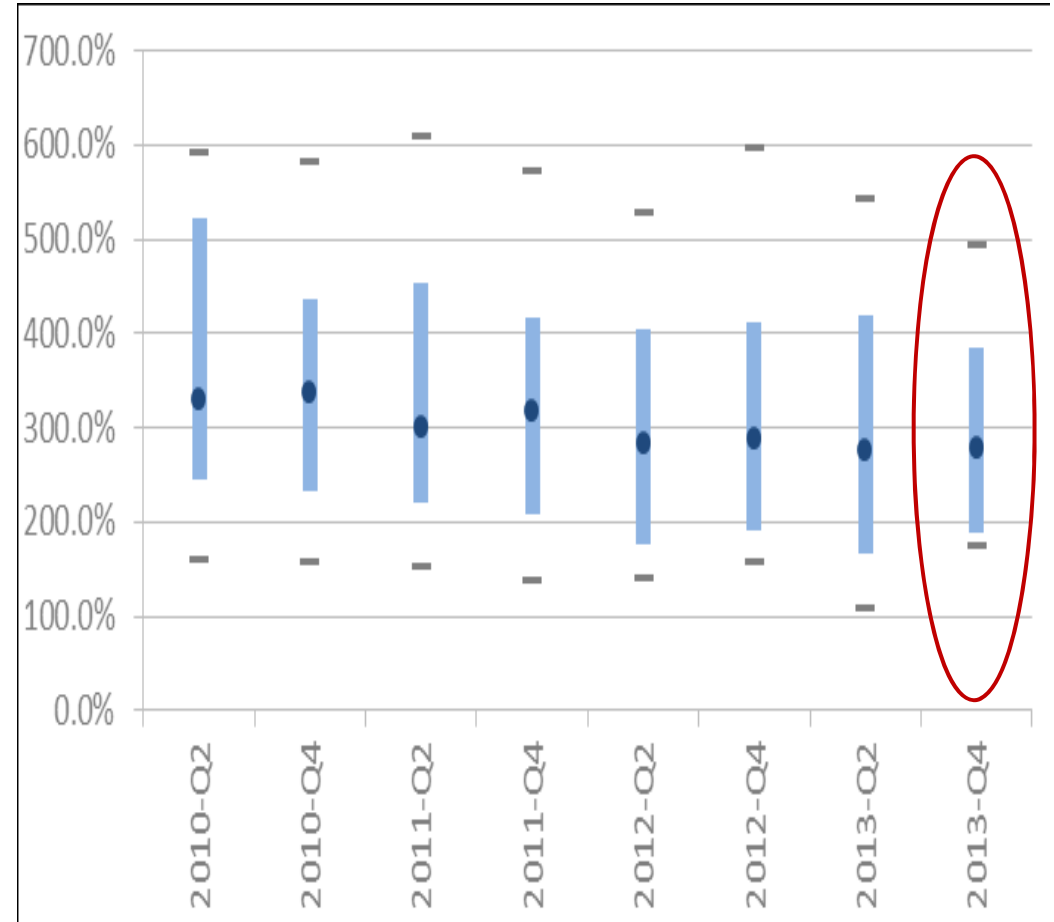
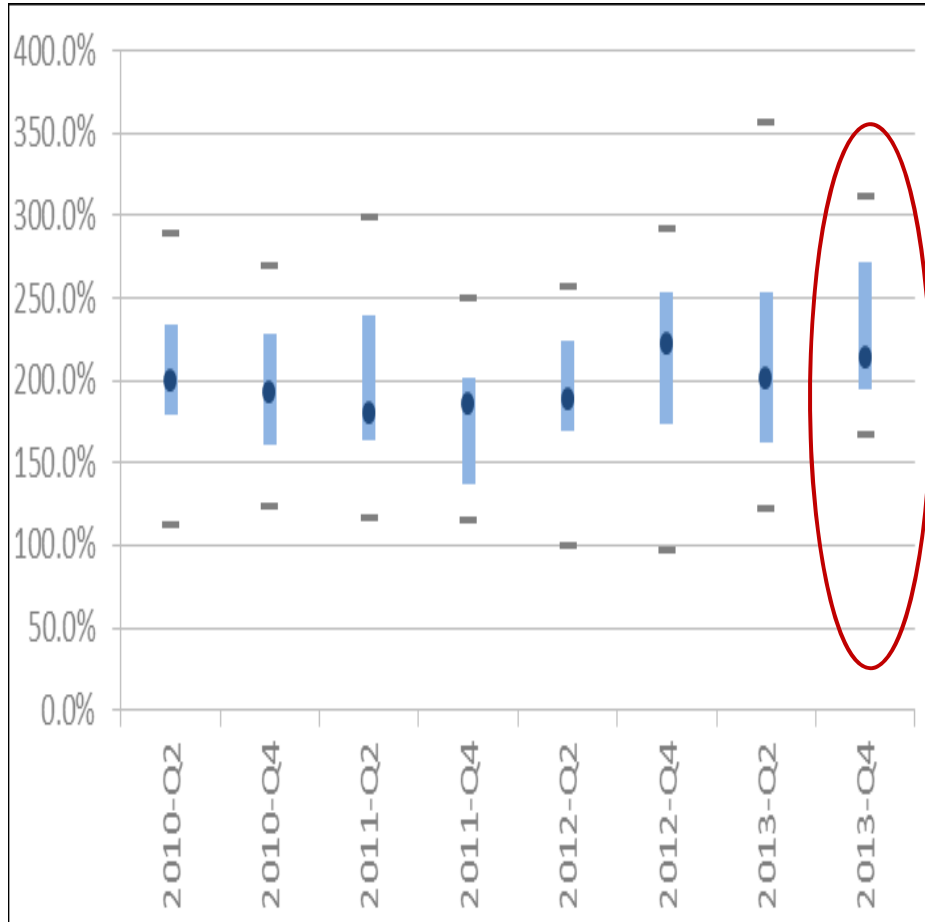


Solvabilitätsgrad

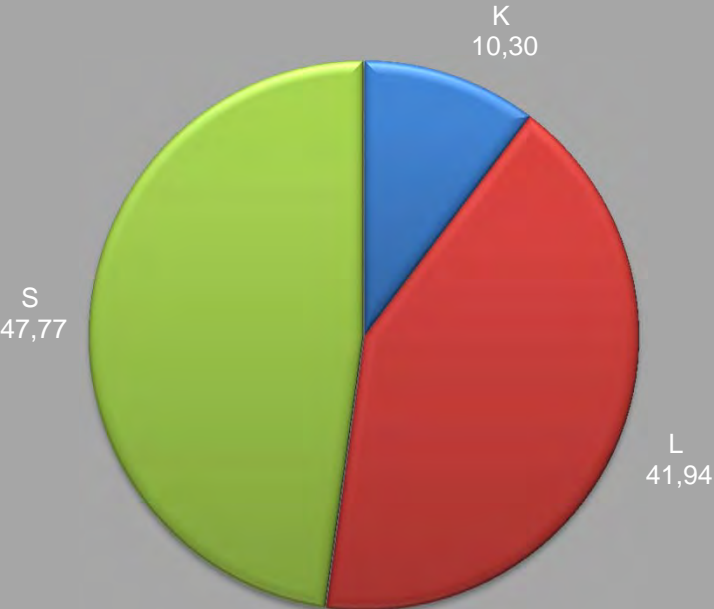
(alle VU ohne RV)



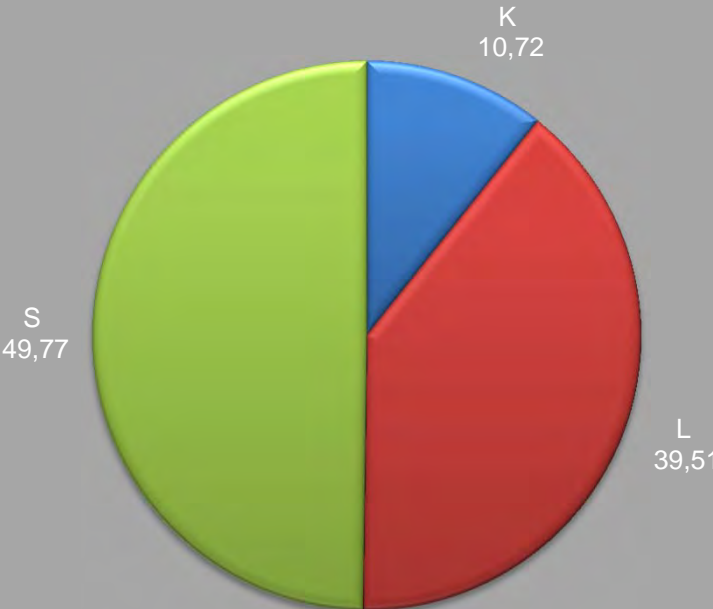
EIOPA Solvence Leben/ Nicht Leben



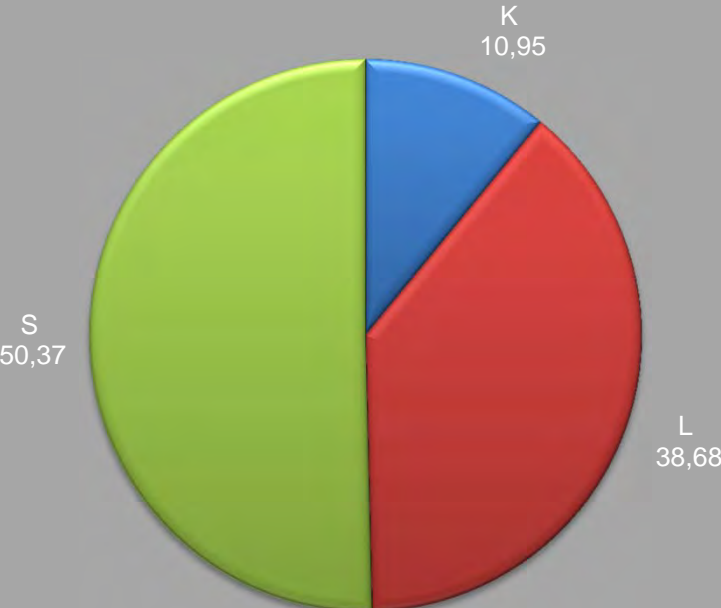
abgegrenzte Prämien 2011



abgegrenzte Prämien 2012

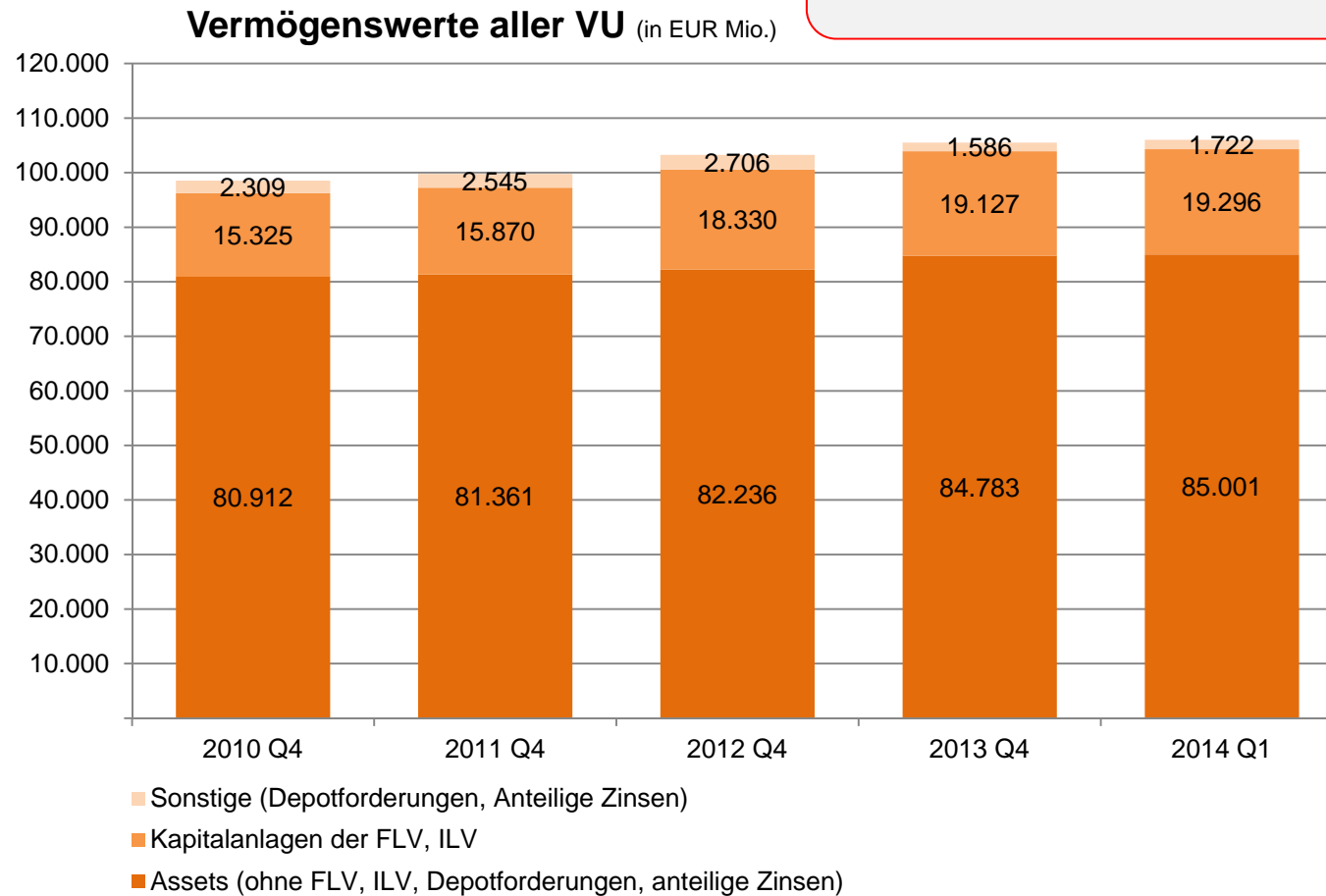


abgegrenzte Prämien 2013

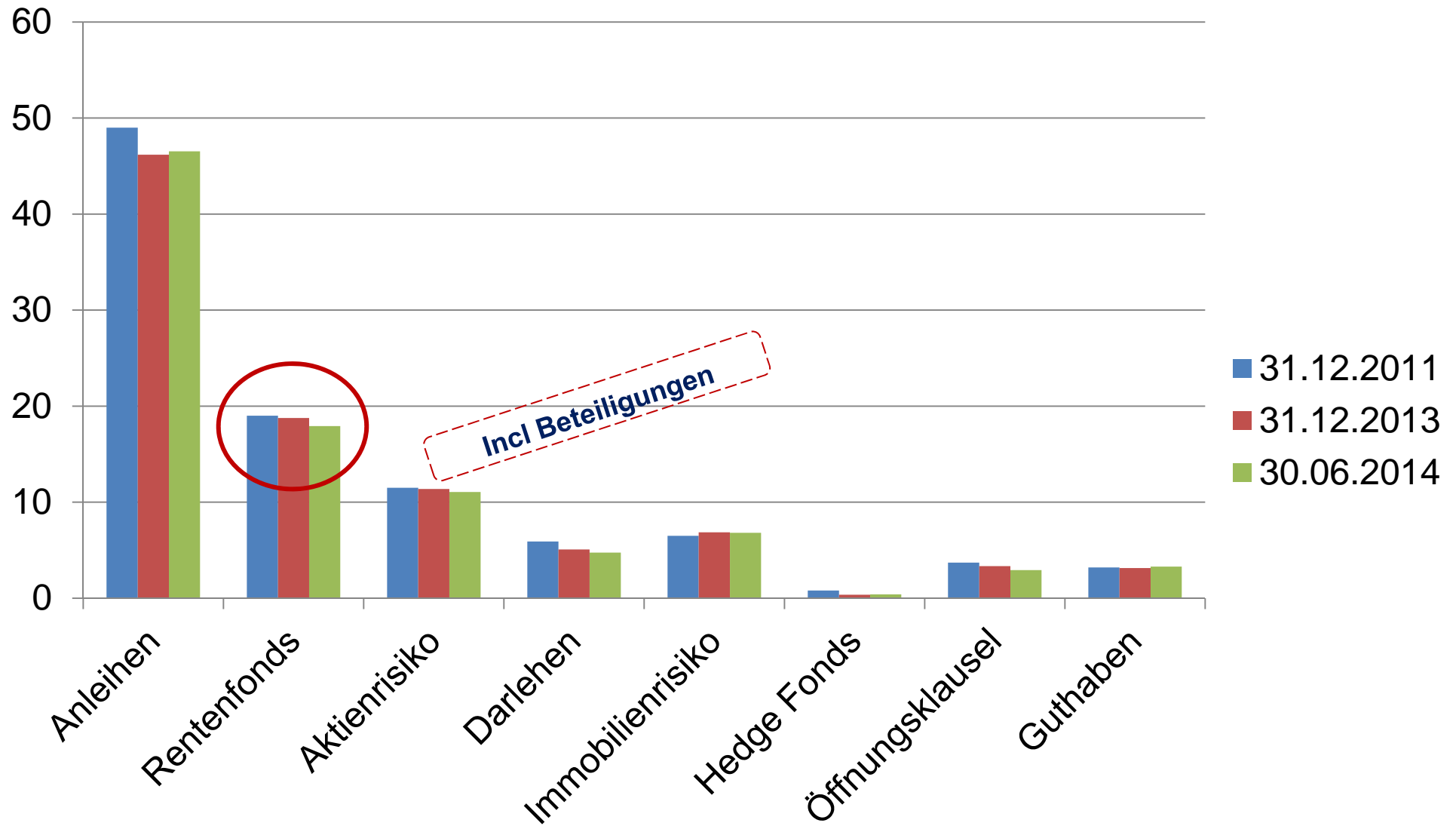


Asset Allocation – Assets der österr. VU per 31.3.2014

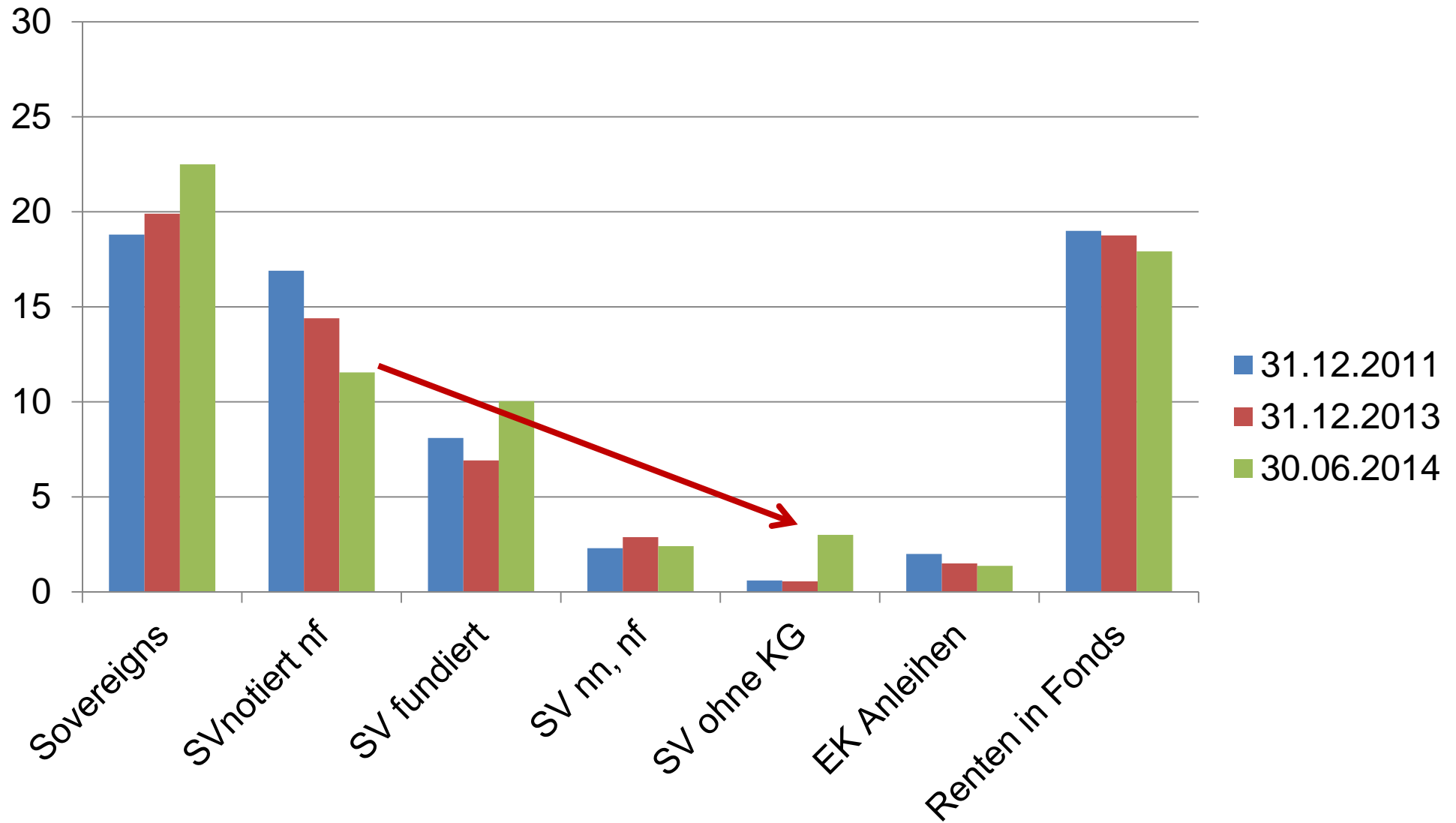
Aktuell (30.9.) 106 893 Mrd €



Verteilung der Kapitalanlagen insgesamt stabil...

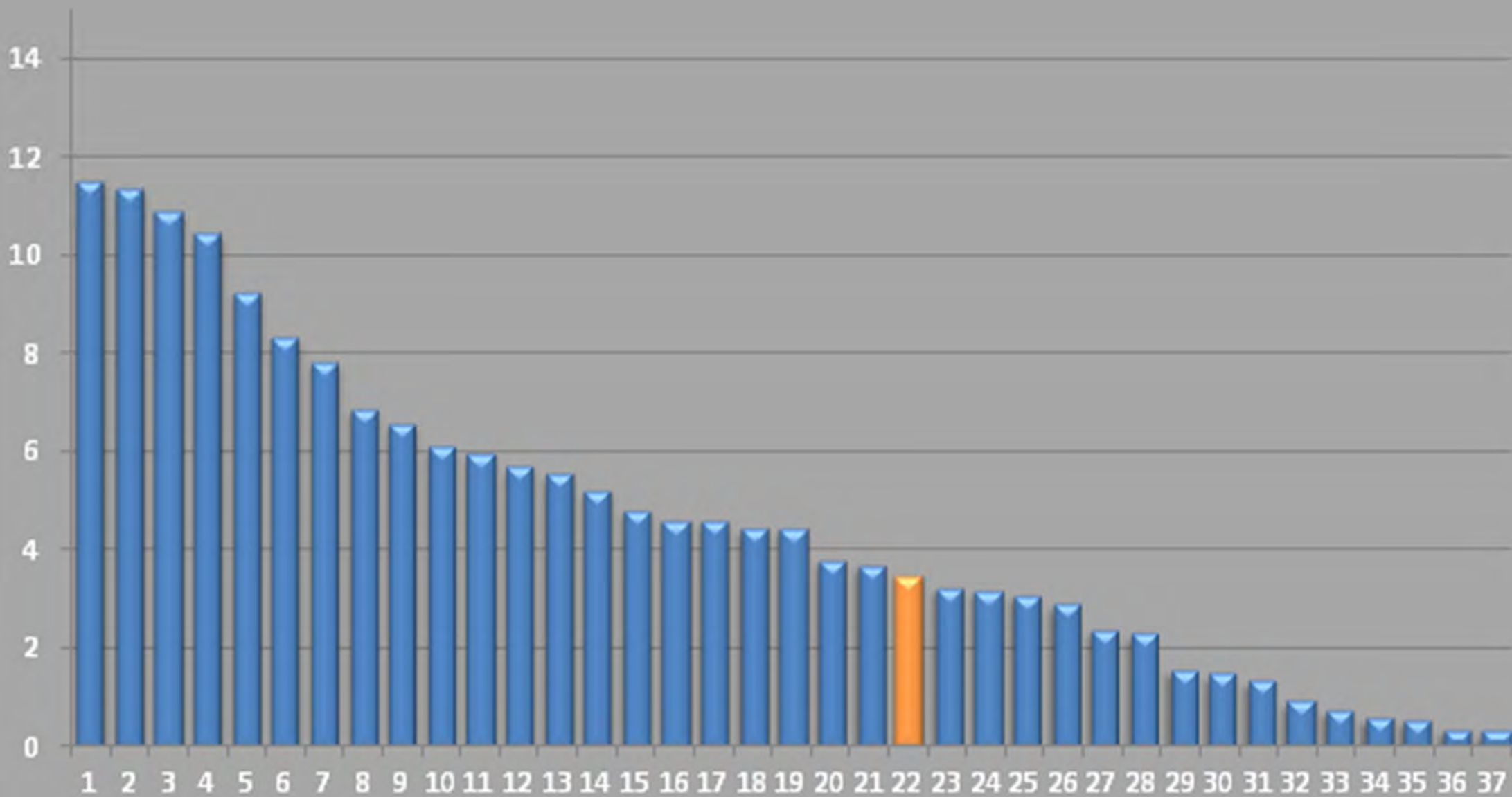


..im Detail aber doch Änderungen unterworfen



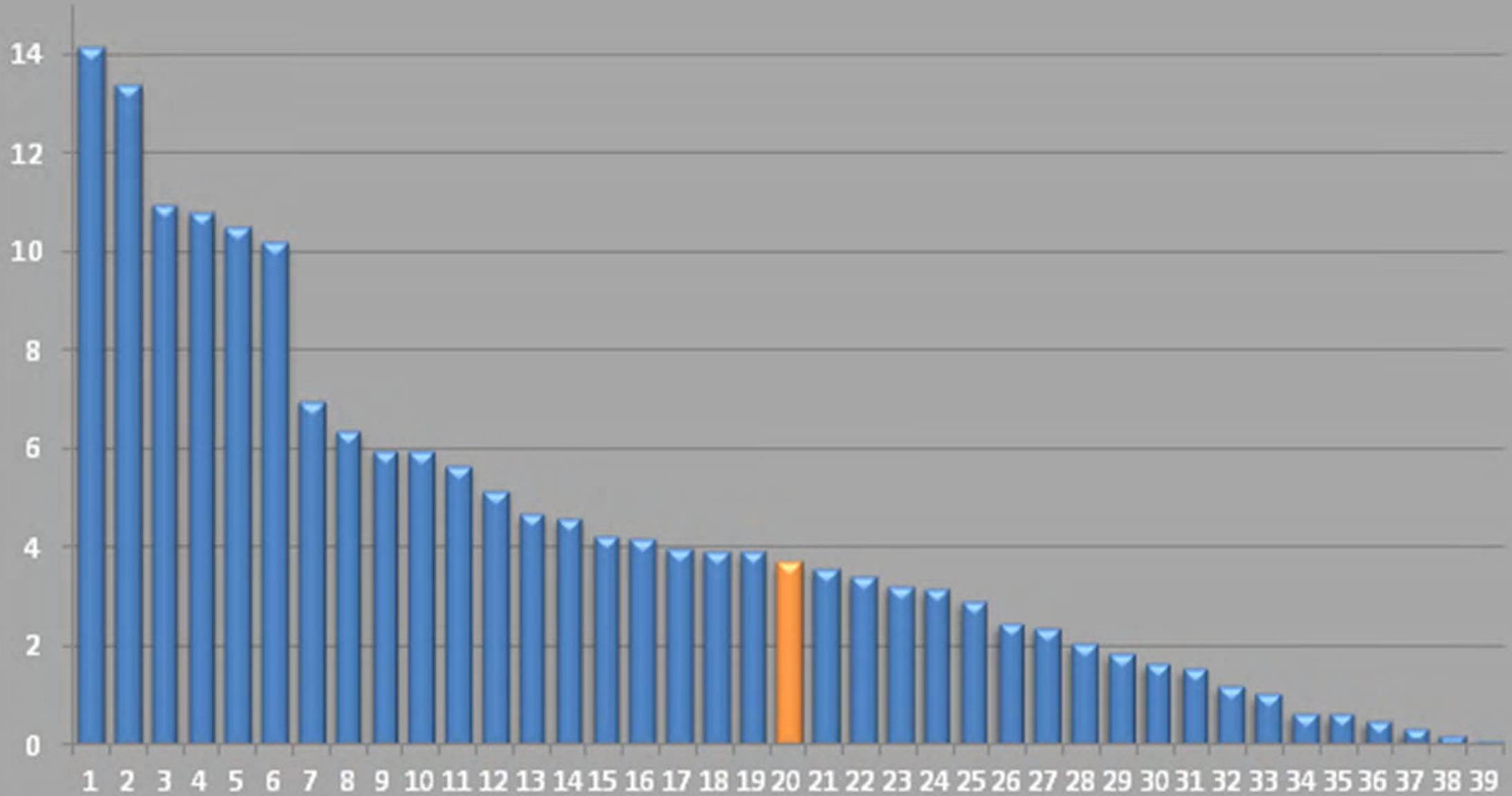
Verteilung Aktienrisiko März 2014

(Kernaktienquote Gesamtvermögen)



Verteilung Aktienrisiko März 2013

(Kernaktienquote Gesamtvermögen)

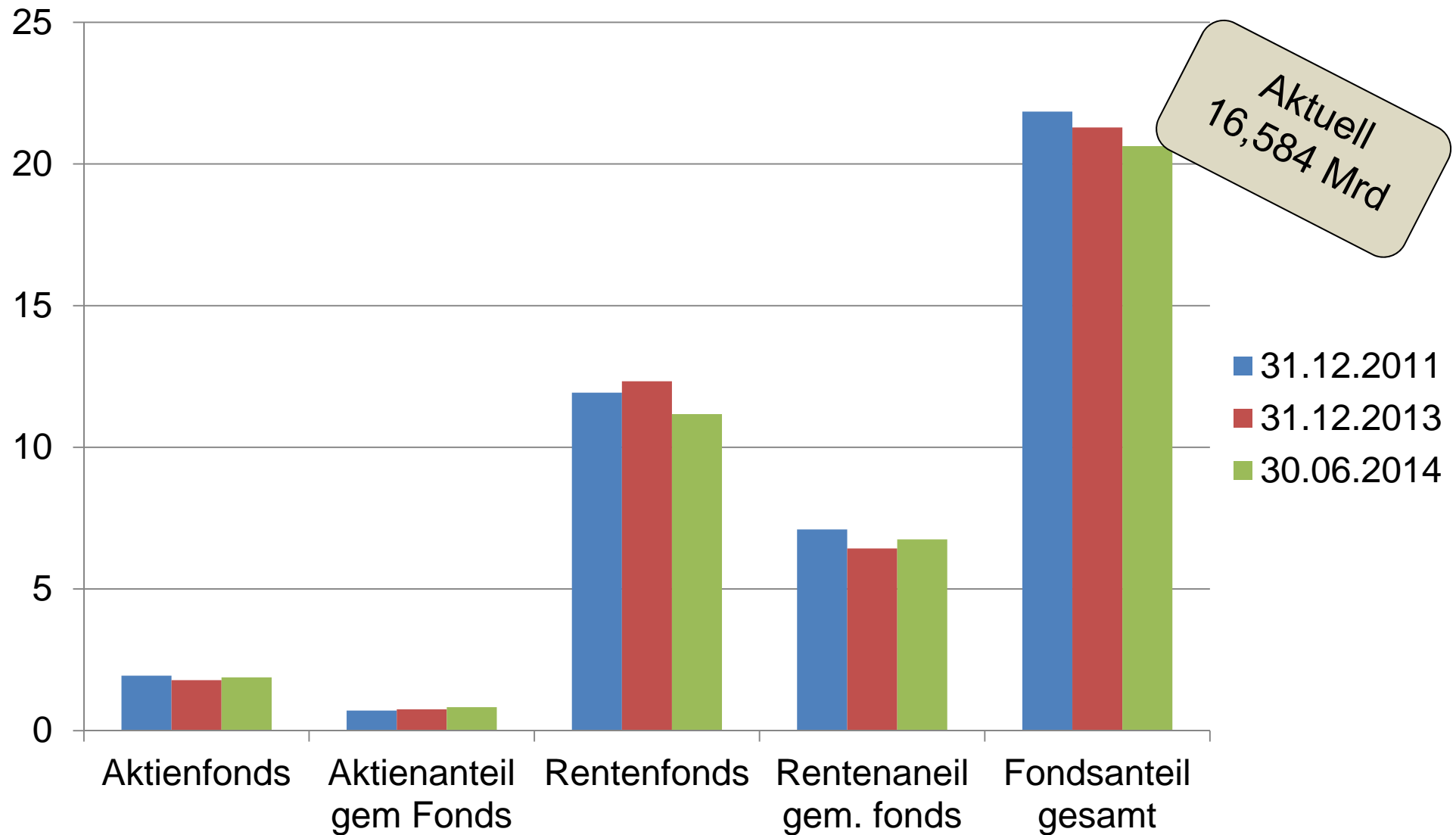


September 2014

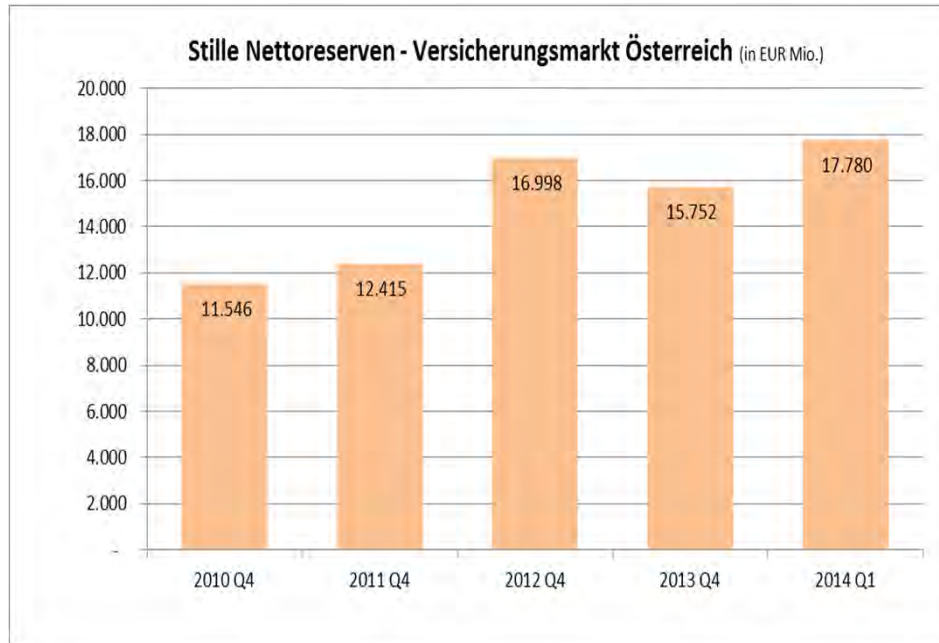
24

Mag. Oskar Ulreich

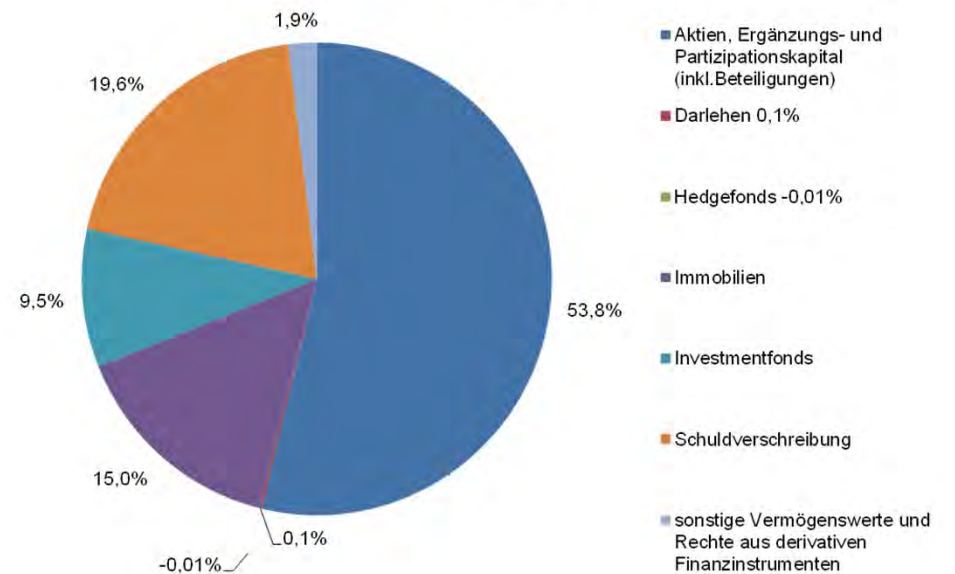
Fondsanteil im Portfolio ohne FLV



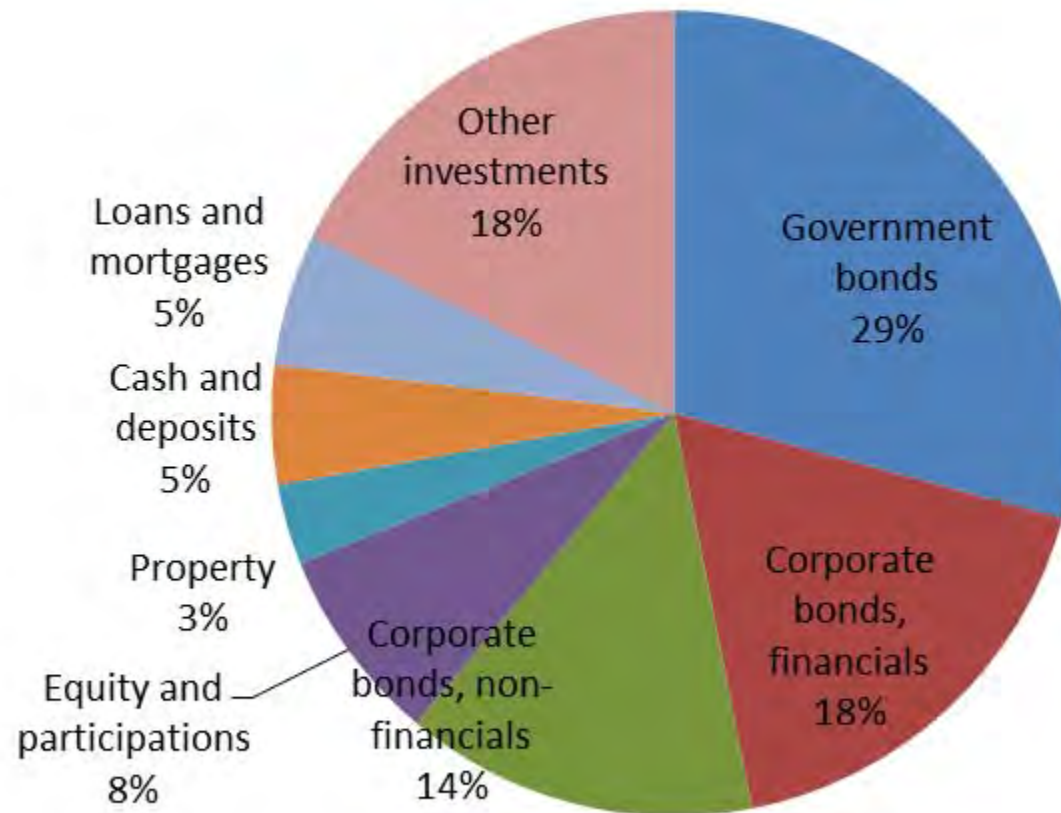
Stille Reserven in Kapitalanlagen



Aufteilung der stillen Nettoreserven - Versicherungsmarkt Österreich
- per 31.3.2014



Portfolio Ultimo 2013 Europa

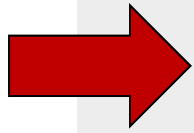


Rechtsanpassung 2014

- HöchstzinssatzVO
- VAG Novelle
 - Durchführungsnovellen
- VAG neu in Begutachtung + VO

- Solvency II Rahmenrichtlinie
 - Angepasst durch OMNIBUS RL
- Vorbereitende Leitlinien von EIOPA (1.1.2014 -31.12.2015)
- VAG Novelle als Basis der Durchsetzung der EIOPA Leitlinien
- VAG neu zur Umsetzung der Rahmenrichtlinie bis 31.3.2015
 - DurchführungsVO zum VAG

- EU Durchführungsverordnung L2 („technische Umsetzung“)
- EIOPA Leitlinien (ab 1.1.2016)



Im Einklang mit Artikel 44 von Solvabilität II sollten die zuständigen nationalen Behörden sicherstellen, dass:

- letztendlich das Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgan des Unternehmens für die Gewährleistung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems verantwortlich ist, indem es **den Risikoappetit des Unternehmens und die allgemeinen Risikotoleranzschwellen festlegt und die wichtigsten Risikomanagementstrategien und -leitlinien beschließt.**

Beispiel eines „Arbeitsauftrages“

Im Einklang mit Artikel 44 von Solvabilität **II sollten die zuständigen nationalen Behörden sicherstellen**, dass das Unternehmen in seinen Risikomanagementleitlinien in Bezug auf das Risiko im Zusammenhang mit Risikoübernahme und Rückstellungsbildung zumindest folgende Punkte erfasst:

- wie das Unternehmen bei der Entwicklung eines neuen Versicherungsprodukts und der Prämienkalkulation Grenzen bei den Kapitalanlagemöglichkeiten berücksichtigt; und
- wie das Unternehmen bei der Entwicklung eines neuen Versicherungsprodukts und bei der Prämienkalkulation Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken berücksichtigt.

Im Einklang mit Artikel 44 und 132 von Solvabilität II sollten die zuständigen nationalen Behörden sicherstellen, dass das Unternehmen in seinen Risikomanagementleitlinien in Bezug auf Anlagen zumindest folgende Punkte erfasst:

- den vom Unternehmen angestrebten Grad an Sicherheit, Qualität, Liquidität, Rentabilität und Verfügbarkeit in Bezug auf das gesamte Vermögensportfolio und wie dieser erreicht werden soll;
- **interne quantitative Grenzen für Anlagen und Exposures, einschließlich außerbilanzieller Exposures**, die festgelegt werden sollen, um dem Unternehmen bei der Erreichung seines gewünschten Grades an Sicherheit, Qualität, Liquidität, Rentabilität und Verfügbarkeit des Portfolios zu helfen;

Im Einklang mit Artikel 132 von Solvabilität II sollten die zuständigen nationalen Behörden sicherstellen, dass das Unternehmen:

- für die Zwecke des Managements des Anlagerisikos eine **Reihe eigener wichtiger Risikoindikatoren entwickelt**, die auf seine Risikomanagementleitlinien und seine Geschäftsstrategie abgestimmt sind.
- **nicht ausschließlich auf von Finanzinstituten, Vermögensverwaltern und Ratingagenturen bereitgestellte Informationen stützt**. Bei seinen Anlageentscheidungen sollte das Unternehmen den mit den Anlagen verbundenen Risiken Rechnung tragen, ohne sich darauf zu verlassen, dass das Risiko durch die Kapitalanforderungen hinreichend gedeckt wird.

Im Einklang mit Artikel 44 und 132 von Solvabilität II sollten die zuständigen nationalen Behörden sicherstellen, dass:

- das Unternehmen im Falle der Verwendung von Derivaten im Einklang mit seinen Risikomanagementleitlinien für Anlagen stehende Verfahren anwendet, um die **Performance dieser Derivate** zu überwachen.
- **das Unternehmen nachweist, wie die Qualität, Sicherheit, Liquidität oder Rentabilität des gesamten Portfolios verbessert werden, ohne dass eines dieser Merkmale erheblich beeinträchtigt wird, wenn zur Förderung eines effizienten Portfoliomanagements Derivate eingesetzt werden.**

„Vorbereitung der Umsetzung der Richtlinie 2009/138/EG
(Solvabilität II)

§ 130c. (1):

Inländische Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen,.... haben sich vorzubereiten, damit sie spätestens mit dem 1. Jänner 2016 die Anforderungen gemäß dieser Richtlinie einhalten können.

- Die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen haben ein **Governance-System** vorzubereiten
- Die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen haben eine (jährliche) **vorausschauende Beurteilung der eigenen Risiken** vorzunehmen
- Die FMA hat bei der Überwachung der Vorbereitung und Tätigkeiten gemäß die von der EIOPA veröffentlichten **Leitlinien** und andere von der EIOPA beschlossenen Maßnahmen **anzuwenden**
- Die FMA hat durch **VO** die zu übermittelnden Informationen festzulegen
 - Festlegung sämtlicher Fristen der Informationsübermittlung



Die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen haben ein Governance-System vorzubereiten, das insbesondere folgende Punkte umfasst:

- **die Einrichtung der Risikomanagement-Funktion, der Compliance-Funktion, der internen Revision und der versicherungsmathematischen Funktion, (= Schlüsselfunktionen)**
- die Einrichtung einer Aufbau- und Ablauforganisation zur Unterstützung der strategischen Ziele und der Geschäftstätigkeit und
- die Erstellung der für das Governance-System erforderlichen Leitlinien und Notfallpläne;
- **Umsetzung des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht**
- **Entwicklung einer Kapitalmanagementstrategie und eines mittelfristigen Kapitalmanagementplanes;**



Die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen haben eine (jährliche) vorausschauende Beurteilung der eigenen Risiken vorzunehmen

- Bewertung, Erfassung und Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs
(1.12.2014)
- Analyse, ob die Solvenz- und Mindestkapitalanforderung kontinuierlich erfüllt werden würden **(31.12.2015)**
- Beurteilung, ob das Risikoprofil des Unternehmens von den der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung zugrundeliegenden Annahmen abweicht
(31.12.2015)



- **Die FMA hat durch VO die zu übermittelnden Informationen festzulegen**
 - **Umsetzungsfrist** der VO- Verpflichtung der FMA:
 - Umgesetzt in der Vorbereitungsleitlinien- Verordnung (in Begutachtung)
- **Übermittlung der Quartalsinformation** (quantitative Informationen für das Q3/2015) nur dann, wenn die Schwellenwerte erreicht werden.
 - ca. 8 VU betroffen
 - Die FMA hat die betroffenen Unternehmen zu verständigen.
 - erfolgt im November 2014



- **Die FMA hat bei der Überwachung der Vorbereitung und Tätigkeiten gemäß die von der EIOPA veröffentlichten Leitlinien und andere von der EIOPA beschlossenen Maßnahmen anzuwenden.**
- Die FMA hat hierbei die Wesensart, den Umfang und die Komplexität der Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit der Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen einhergehen, angemessen zu berücksichtigen.
- Die FMA kann von diesen Leitlinien und Maßnahmen abweichen, sofern dafür berechnigte Gründe, insbesondere Widerspruch zu bundesgesetzlichen Vorschriften, vorliegen.
 - In diesem Fall hat die FMA die EIOPA über ihre Gründe für die Nichtanwendung oder Abweichung von den betreffenden Leitlinien und Maßnahmen zu informieren.

VAG 2016

im Begutachtungsentwurf

- ...346 §§ in 14 Hauptstücken und 55 Abschnitten
- In Kraft treten ab 1.1.2016
 - Anträge auf IM und USP bereits ab dem 30.4.2015
 - 37 VO- Ermächtigungen/Verpflichtungen bis 1.1.2016
- Derzeit Würdigung der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens
- Parlamentarisches Verfahren noch Ende 2014 (?)



Datum	Stellungnahme von
08.08.2014	* 1/SN-48/ME Bundeskanzleramt - Sektion II
13.08.2014	* 2/SN-48/ME Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
13.08.2014	* 3/SN-48/ME Österreichische Post AG
13.08.2014	* 4/SN-48/ME Amt der Salzburg Landesregierung
14.08.2014	* 5/SN-48/ME Amt der Tiroler Landesregierung
16.08.2014	* 6/SN-48/ME Bundesministerium für Europa, Integration, Äußeres
20.08.2014	* 7/SN-48/ME Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesamtsdirektion, Verfassungsdienst
22.08.2014	* 8/SN-48/ME BM f. Gesundheit - I/IA2
22.08.2014	* 9/SN-48/ME Amt der Vorarlberger Landesregierung
22.08.2014	* 10/SN-48/ME Die Rechnungshof
22.08.2014	* 11/SN-48/ME Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
26.08.2014	* 12/SN-48/ME Altanwendung Österreich (AVÖ)
26.08.2014	* 13/SN-48/ME Österreichische Finanzmarktaufsicht FMA
26.08.2014	* 14/SN-48/ME BM f. Arbeit, Soziales u. Konsumentenschutz
26.08.2014	* 15/SN-48/ME Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs
26.08.2014	* 16/SN-48/ME Datenschutzbehörde

- §112 Risikomanagement und Risikomanagement- Funktion
- §§ 124-127 Kapitalanlagen
- §§ 148,149 Bewertung
- §§ 247-251 Meldepflichten
- §§ 300-303 Deckungsstock
- §§ 304, 305 Treuhänder

Wichtige Bestimmungen für
das Asset Management

- **§ 110.** (1) Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen **haben ein wirksames Risikomanagement-System einzurichten**, das alle erforderlichen Strategien, Prozesse und Meldeverfahren umfasst. Das Risikomanagement-System hat laufend
 - 1. die eingegangenen und potenziellen Risiken jeweils auf einzelner und aggregierter Basis und
 - 2. die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen diesen Risiken **zu erkennen, zu messen, zu überwachen, zu managen und darüber zu berichten.**

- **§ 124.** (1) Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen haben ihre gesamten **Vermögenswerte** gemäß den folgenden Grundsätzen anzulegen:
- 1. In Bezug auf das gesamte Vermögensportfolio dürfen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen lediglich in Vermögenswerte und Instrumente investieren, deren Risiken sie angemessen
 - **erkennen, messen,**
 - **überwachen, managen,**
 - **steuern** und **darüber berichten** sowie bei der Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs gemäß § 111 Abs. 1 Z 1 angemessen berücksichtigen können.

- 2. Sämtliche Vermögenswerte....., sind auf eine Art und Weise anzulegen, die die **Sicherheit, die Qualität, die Liquidität und die Rentabilität** des gesamten Portfolios gewährleistet. Außerdem hat die Belegenheit dieser Vermögenswerte ihre Verfügbarkeit sicherzustellen.
- 3. Vermögenswerte,....., sind darüber hinaus auf eine Art und Weise anzulegen, die der Wesensart und der Laufzeit der Versicherungs- und Rückversicherungsverbindlichkeiten angemessen ist. Diese Vermögenswerte sind im besten Interesse aller Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten und unter Berücksichtigung jeglicher offengelegten strategischen Ziele anzulegen.
- 4. Im Falle eines Interessenkonflikts haben Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen oder das für die Verwaltung ihres Vermögensportfolios zuständige Unternehmen dafür zu sorgen, dass die Anlage im besten Interesse der Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten erfolgt.

- 5. Die Verwendung **derivativer Finanzinstrumente** ist zulässig, wenn sie zur Verringerung von Risiken oder zur Erleichterung einer effizienten Portfolioverwaltung beitragen;
 - **diese Voraussetzung wird nicht erfüllt durch Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten, die lediglich den Aufbau reiner Handelspositionen (Arbitragegeschäfte) bezwecken oder bei denen entsprechende Wertpapierbestände nicht vorhanden sind (Leerverkäufe).**
- 6. Kapitalanlagen und Vermögenswerte, die **nicht zum Handel** an einem geregelten Finanzmarkt zugelassen sind, sind auf einem vorsichtigen Niveau zu halten.
- 7. Die Vermögenswerte sind in angemessener Weise so zu **mischen und zu streuen**, dass eine übermäßige Abhängigkeit von
 - a) einem bestimmten Vermögenswert,
 - b) ein und demselben Emittenten oder von Emittenten, die derselben Unternehmensgruppe angehören oder einer bestimmten Unternehmensgruppe oder
 - c) einer geografischen Regionvermieden wird und insgesamt eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio vermieden wird.

- **§ 126.** Die FMA **kann mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen** mit Verordnung nähere **qualitative** Vorgaben zu den in § 124 Abs. 1 und § 125 dargestellten Grundsätzen der unternehmerischen Vorsicht festlegen.
 - KAVO neu?

- Aktien, Wertpapiere über Partizipations- und Ergänzungskapital und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Wertrechte und Anteile an OGAW gemäß Posten B. des § 144 Abs. 2 sowie Anteile an verbundenen Unternehmen, sofern diese nicht dazu bestimmt sind dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen gemäß Posten B. II des § 144 Abs. 2, sind wie Gegenstände des Umlaufvermögens zu bewerten (§ 206 und § 207 UGB unter Berücksichtigung von § 208 UGB). Die genannten Kapitalanlagen können abweichend davon nach den Bestimmungen des UGB bewertet werden;
- **Abschreibungen auf den niedrigeren Wert im Falle einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung können jedoch nur insoweit unterbleiben, als der Gesamtbetrag dieser nicht vorgenommenen Abschreibungen 50 vH der gesamten, sonst vorhandenen stillen Nettoreserven des Unternehmens in der betreffenden Bilanzabteilung nicht übersteigt.**
- **Die unterlassene Abschreibung ist in der Höhe einer Rücklage zuzuführen, in der diese den Bilanzgewinn erhöhen oder zu einem Bilanzgewinn führen würde.**

Verzeichnisse und Aufstellungen der dem Deckungsstock gewidmeten Vermögenswerte

- **§ 249.** (1) Die Versicherungsunternehmen haben die **Deckungsstockverzeichnisse** fortlaufend an ihrem Sitz zu führen.
- Die Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, der FMA Aufstellungen aller zum Ende des Geschäftsjahres dem **Deckungsstock** gewidmeten und geeigneten Vermögenswerte, in Form von Auszügen aus den Verzeichnissen, binnen sechs Wochen nach Ende des Geschäftsjahres vorzulegen. Die Vermögenswerte sind auch zu unterjährigen Stichtagen nach den für die Bilanzierung maßgeblichen Vorschriften zu bewerten.
- (2) Die FMA hat mit **Verordnung** zu regeln, welche Mindestangaben die Deckungsstockverzeichnisse und die Aufstellungen zu enthalten haben und kann festsetzen, dass ihr die Aufstellungen in kürzeren Abständen als jährlich vorzulegen sind.

- **§ 305.** (1) Der Treuhänder hat im Rahmen der Überwachung des Deckungsstocks
 - 1. die Einhaltung von § 301 Abs. 3 (Bedeckung des Deckungserfordernisses durch VW) durch das Versicherungsunternehmen mindestens quartalsweise zu prüfen,
 - 2. die ordnungsgemäße Führung des Deckungsstockverzeichnisses zu prüfen und
 - 3. der FMA unverzüglich alle Umstände anzuzeigen, die geeignet sind, Bedenken hinsichtlich der Erfüllung des Deckungserfordernisses hervorzurufen
- Erweiterung der zustimmungspflichtigen Deckungsstocktransaktionen auf alle DS Abteilungen mit Ausnahme der FLV und der PZV

- Bei Vorhandensein einer ausreichenden Überdeckung des Deckungserfordernisses kann die Zustimmung des Treuhänders für bestimmte Verfügungen auch in Form einer **Pauschalfreigabe** erfolgen.
- Diese Pauschalfreigabe ist maximal ein Jahr gültig und darf nur jene Verfügungen über die Deckungsstockwerte umfassen, bei denen dem Deckungsstock gleichzeitig andere **zumindest gleichwertige** Vermögenswerte zugeführt werden.

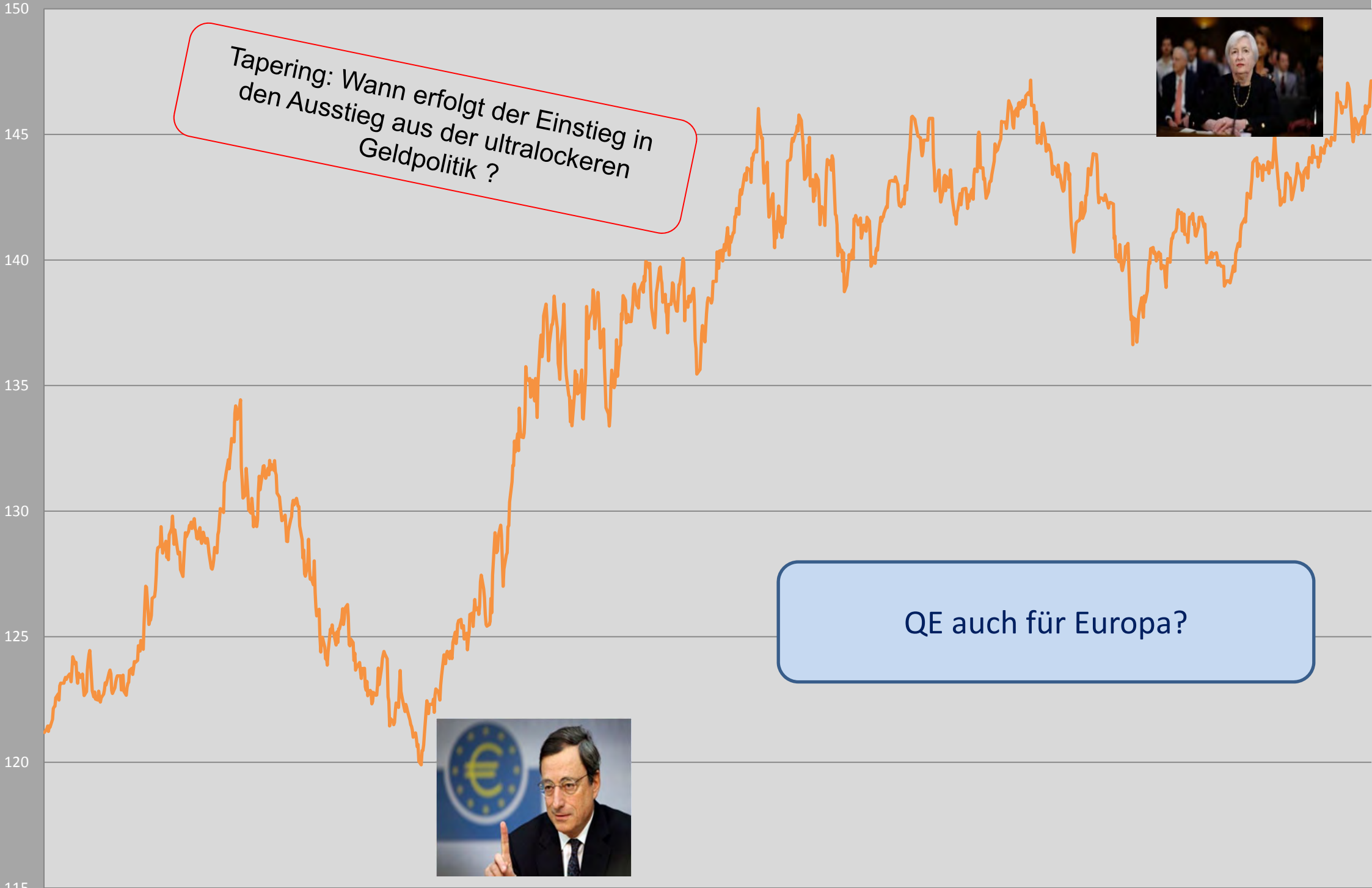
Aktuelle Themen

Bund Future

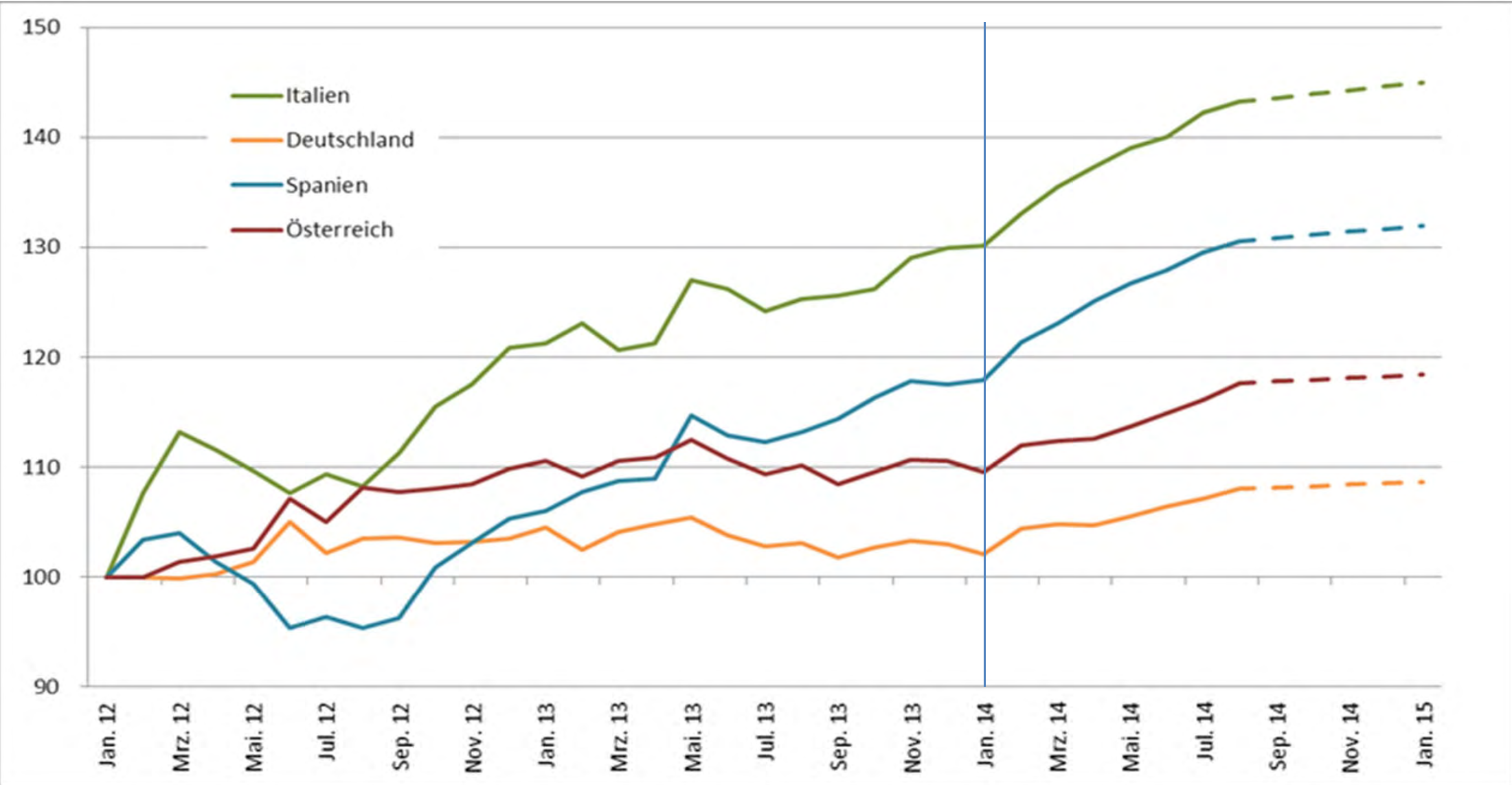
Tapering: Wann erfolgt der Einstieg in den Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik ?



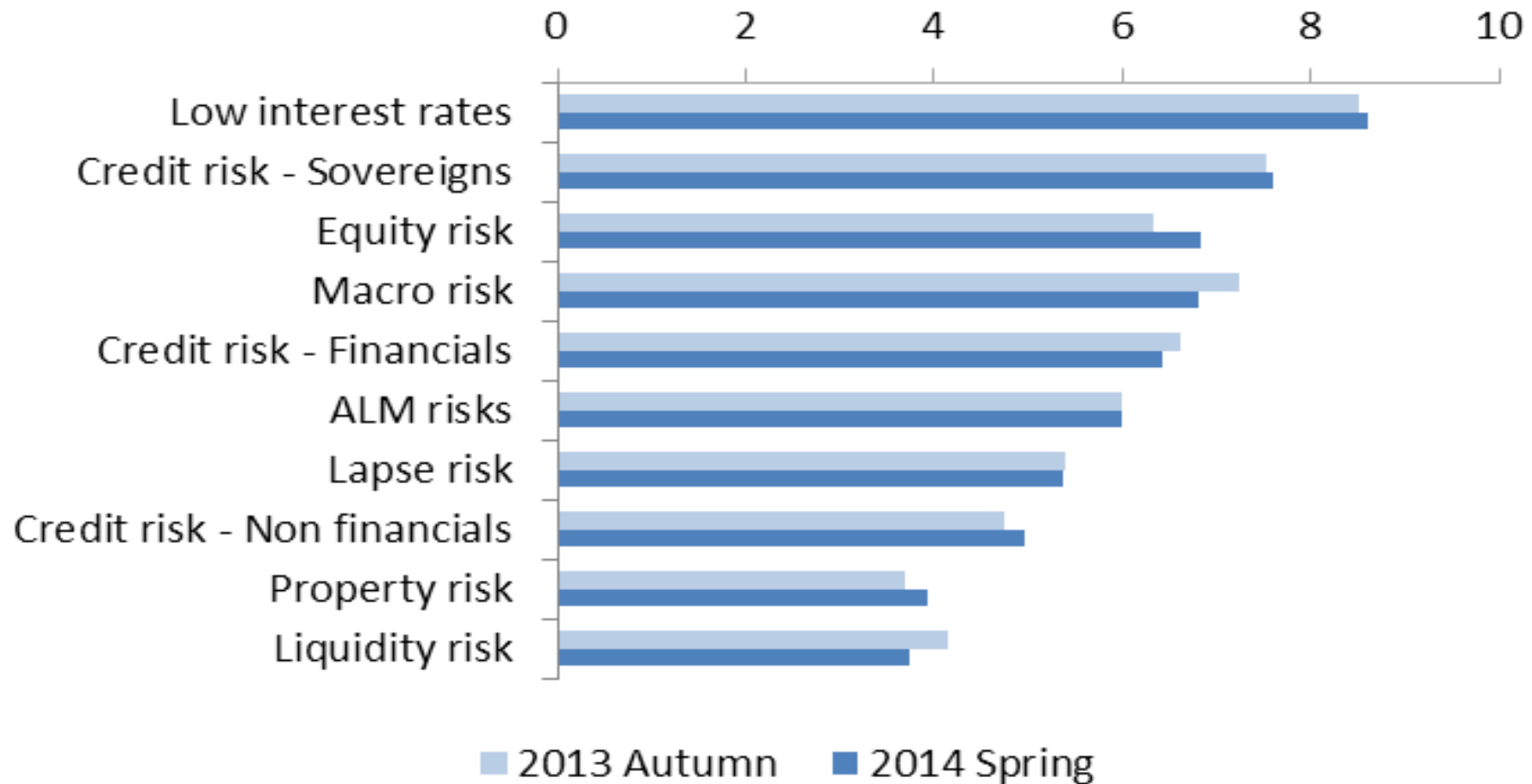
QE auch für Europa?



Performance Staatsanleihen ausgereizt?



Risk Assessment EIOPA



Schätzung für 2014 vom Dez 2013....

	Konsens	Spanne	3.9.2014
DAX	10 123	8 900-11 000	9 643
10y Bund Deutschland	2,29 %	1,9 - 2,50	0,955%
€/ \$	1,27	1,15 - 1,40	1,314
10y US Treasuries	3,3 %	(3,80)	2,437%
Gold	?	1 000 -1400	1 267
Quelle: Handelsblatt, Bank Austria			

- Systemrelevanz von Versicherungen
- Bankenrefinanzierung über CoCo`s
- Immobilienpreise quo vadis?
- Gleichstellung aller Gebietskörperschaften im Standardansatz
- Ausgliederung und Investmentfonds
- Lebensversicherung neu
 - „kapitaleffiziente Produkte“ bei Garantie am Laufzeitende
- Durchrechnung von Investmentfonds

Look through Regeln nach Solvency II

- Im Meldewesen gemäß Templates nur eingeschränkt
 - Asset Kategorien (noch in Verhandlung)
- Für SCR:
 - voller Durchblick bei Fonds mit Ausnahme index tracker (zB ETF)
 - Keine Durchrechnung bei Strukturen
 - Bei faktischer Unmöglichkeit (dann Typ 2 Investment....49% Unterlegung)
 - Ausnahme für spezielle Assetklassen

- **Article 149 ER1** (Art. 105 of Directive 2009/138/EC)
- 3. **Type 2 equities** ... shall also comprise all investments other than those covered in the interest rate risk sub-module, the property risk sub-module or the spread risk sub-module, **including the assets and indirect exposures referred to in Article MR3(1), (2) and (3) where a look-through approach was not possible.**

- 6. **Notwithstanding paragraphs 2 and 3, the following equities shall be considered as type 1:**
 - **(a)... European Long-term Investment Funds .**
 - **(b)... social entrepreneurship funds ...;**
 - **(c)... venture capital funds ...;**
 - **(d)... closed-ended and unleveraged alternative investment funds where those alternative investment funds are established in the Union or ... are marketed in the Union....**

Besserstellung bestimmter Investments?

Danke für Ihre Aufmerksamkeit